

Engagierter Bürger, Starker Staat, Weltoffenes Land

**Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration
vom 18. März 2009**



CDU

Gliederung

A. Sicherheitsarchitektur	S. 05
1. Freiheit und Sicherheit	S. 05
Keine Freiheit ohne Sicherheit.....	S. 05
Internationale Herausforderungen.....	S. 05
Europäische Sicherheit vernetzen.....	S. 06
Nationale Sicherheitsstrukturen.....	S. 07
2. Sicherheit in Zukunft – Mehr Sicherheit für die Bürger	S. 08
Sicherheitsbedürfnis des Bürgers ernst nehmen.....	S. 08
Polizei muss „fit“ sein für die Aufgaben der Zukunft.....	S. 08
Frühe Förderung und Stärkung der Präventionsarbeit.....	S. 10
Gemeinsam gegen die Ursachen von Kinder- und Jugendkriminalität vorgehen.....	S. 12
Gegen Sexualstraftäter entschlossen vorgehen.....	S. 13
Die Gefahren der Internetkriminalität im Informationszeitalter.....	S. 13
3. Schutz und Hilfe durch qualifizierten Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienste	S. 15
4. Sichere Gesellschaft und Bürgergesellschaft gehören zusammen	S. 16
Ehrenamt stärken.....	S. 16
Ehrenamtliche Ordnungskräfte als Beispiel einer aktiven Bürgergesellschaft.....	S. 17
B. Kampf gegen Islamismus und Extremismus	S. 19
1. Grundsätze	S. 19
Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.....	S. 19
Vernunft der Zuständigen.....	S. 20
2. Rechtsextremismus	S. 21
Menschenverachtende Ideologie.....	S. 21
Skinheads, rechtsextreme Musikszene und Freie Kameradschaften.....	S. 21
Prävention durch die Bürgergesellschaft.....	S. 22
3. Linksextremismus und „DIE LINKE“	S. 22

Linksextremistische Gefahr weiter aktuell.....	S. 22
„DIE LINKE“ als Sammelbecken für Linksextremisten.....	S. 23
4. Islamismus.....	S. 24
Terroristische Bedrohungslage angespannt.....	S. 24
Politischer Islamismus.....	S. 25
5. Maßnahmen.....	S. 25
Demokratie lernen und erfahren.....	S. 25
Perspektiven eröffnen.....	S. 26
Extremisten ausschließen.....	S. 27
Rechtstaatliche Mittel konsequent nutzen.....	S. 27
C. Integration fördern und fordern.....	S. 29
1. Integrationsland Deutschland.....	S. 29
2. Sprachfähigkeit fördern.....	S. 30
Gute Deutschkenntnisse als Grundvoraussetzung für Integration.....	S. 30
Integrationskurse entwickeln sich erfolgreich.....	S. 31
Einfache Sprachkenntnisse vor dem Familiennachzug.....	S. 31
Vorschulische und schulbegleitende Sprachförderung.....	S. 31
3. Bildungschancen verbessern.....	S. 32
Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken.....	S. 32
Bildungserfolge öffentlich herausstellen.....	S. 32
Frühkindliche Bildung und Schulen fördern.....	S. 32
Elterliche Verantwortung.....	S. 33
Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz.....	S. 33
4. Friedliches Zusammenleben der Religionen.....	S. 33
Islamischer Religionsunterricht.....	S. 33
Streitthema Moscheebau.....	S. 34
5. Staatsbürgerschaft als starkes Zeichen der Zugehörigkeit.....	S. 34
Bekenntnis zu unserem Land und den Werten des Grundgesetzes.....	S. 34

Einbürgerung: Neue und klare Anforderungen.....	S. 35
Erfahrungen mit dem Optionsmodell auswerten.....	S. 35
6. Hochqualifizierte anwerben.....	S. 36
Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland steigern.....	S. 36
Ungenutzte Potenziale besser ausschöpfen.....	S. 36
Für den Wirtschaftsstandort Deutschland werben.....	S. 36
Ausländischen akademischen Nachwuchs für unser Land gewinnen.....	S. 37
7. Integration von Neuzuwanderern.....	S. 37
Integrationsangebote ausbauen und effizienter gestalten.....	S. 37
Dienstleistungscharakter der Ausländerbehörden stärken.....	S. 37
8. Gleichstellung von Frauen durchsetzen.....	S. 38
Frauen im Integrationsprozess.....	S. 38
Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen.....	S. 38
Kampf gegen Zwangsverheiratung und Scheinehen.....	S. 38
9. Migrantenunternehmen als Potenzial.....	S. 39
Vorbildfunktion für Migranten und Einheimische.....	S. 39
Migrantenunternehmen stärken und Existenzgründer gewinnen.....	S. 39
Mehr Zuwanderer für das Handwerk.....	S. 39
Wachstumschancen außerhalb von Ballungsräumen.....	S. 39
10. Integration durch bürgerschaftliches Engagement.....	S. 40
Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.....	S. 40
Integration durch Sport.....	S. 40
Förderung und Öffnung von Vereinen.....	S. 40
11. Verantwortung der Medien.....	S. 41
Medien als Vermittler zwischen Zuwanderern und Einheimischen.....	S. 41
Informationsangebote deutscher Medien erweitern.....	S. 41
Anteil der Migranten in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erhöhen.....	S. 41
Anhang: Liste der Mitglieder und Gäste des CDU-Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration	

1 **A. Sicherheitsarchitektur**

2

3 **1. Freiheit und Sicherheit**

4

5 **Keine Freiheit ohne Sicherheit**

6 Die Menschen in Deutschland wollen frei und sicher leben. Freiheit und Sicherheit schließen sich
7 nicht aus, sondern bedingen einander. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit. Denn nur wer
8 keine Angst hat, kann in Freiheit leben.

9

10 Der Staat ist Garant für Freiheit und Sicherheit. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört deshalb
11 dafür Sorge zu tragen, dass Bürger nicht unschuldig zu Opfern werden und ihnen in Not qualifiziert
12 geholfen wird.

13

14 Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist ein Markenzeichen der CDU. Dort, wo die Union regiert, leben
15 die Menschen nicht nur besser, sondern auch sicherer. Die CDU hat die personellen, technischen
16 und rechtlichen Rahmenbedingungen dafür konsequent verbessert.

17

18 Die Bedingungen einer erfolgreichen Sicherheitspolitik sind nicht statisch, sondern entwickeln sich
19 dynamisch. Sicherheit steht ständig vor neuen Herausforderungen. Die CDU wird auch weiterhin
20 die erforderlichen Antworten darauf geben, wie Sicherheit in Zukunft gewährleistet und die deut-
21 sche Sicherheitsarchitektur weiter ausgestaltet werden kann.

22

23 **Internationale Herausforderungen**

24 Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. Terrorismus und Extremismus gehören zu den
25 größten dieser Bedrohungen. Deutschland ist Teil eines weltweiten Gefahrenraums. Darauf müs-
26 sen wir uns einstellen. Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch
27 künftig gewährleisten.

28

29 Das Ausmaß der Gefahren und der Gewalt von weltweit vernetzten und agierenden Terroristen
30 stellt auch für Deutschland eine sehr große Gefahr dar. Auch in Deutschland leben islamistische
31 Gefährder, die eine fortwährende Bedrohung für unser Land sind. Sie verhalten sich konspirativ,
32 schotten sich ab und nutzen modernste Technik. Allein mit den bewährten polizeilichen Überwa-
33 chungsmaßnahmen ist dem nicht mehr angemessen zu begegnen. Diese Sicherheitslücke muss ge-
34 schlossen werden. Die CDU hält die Strafbarkeit von terroristischen Vorbereitungshandlungen für
35 dringend erforderlich, insbesondere bei einer Ausbildung oder einem Aufenthalt in einem „Terror-
36 camp“. In konkreten Fällen sollten Maßnahmen wie Ausreiseverbot, Aufenthaltsbeschränkung,
37 Meldeauflage und Handyverbot als Gefahren abwehrende Maßnahmen ermöglicht werden.

38 Die CDU setzt sich für eine Wiedereinführung der Kronzeugenregelung bei terroristischen und an-
39 deren schwersten Straftaten ein. Dem Täter sollte eine Strafmilderung ermöglicht werden, wenn
40 durch seine freiwillige Mithilfe eine Straftat verhindert wird. So können terroristische Planungen
41 vorzeitig vereitelt und Menschenleben gerettet werden.

42

43 Wir wollen der international organisierten Kriminalität noch wirksamer entgegentreten. Organi-
44 sierte Kriminalität ist durch eine hochentwickelte Konspiration, abgeschottete Strukturen, interna-
45 tionale Arbeitsteilung und Logistik gekennzeichnet. Typische Erscheinungsformen der Organisier-
46 ten Kriminalität finden sich im Rauschgift- und Waffenhandel, im Bereich des Menschenhandels
47 sowie der Prostitution und in der Schleuserkriminalität, in der Wirtschafts-, Fälschungs-, Eigen-
48 tums- und Umweltkriminalität. Die Kronzeugenregelung muss auch für Straftaten, die zum Kern-
49 bereich der Organisierten Kriminalität gehören, eingeführt werden. Dem Aufspüren und der Be-
50 schlagnahme von Verbrechenngewinnen messen wir eine zentrale Bedeutung im Kampf gegen die
51 Organisierte Kriminalität bei.

52

53 Zur Abwehr der Gefahren durch Terrorismusverdächtige und durch kriminelle Ausländer wollen
54 wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen. Ausländer müssen bereits bei einer
55 Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können.

56

57 In Ergänzung des europäischen Visa-Information-Systems (VIS), in dem nur Schengen-Visa erfasst
58 werden, hält die CDU eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei für dringend geboten, um Vi-
59 summissbrauch effektiv zu bekämpfen.

60

61 **Europäische Sicherheit vernetzen**

62 Die europäische Einigung bringt uns mehr Freiheit. Sie darf aber nicht zu einem Verlust an Sicher-
63 heit führen. Wir leben in einem Europa zunehmend offener Grenzen, einer stark gestiegenen Mo-
64 bilität von Personen sowie einer weiter steigenden globalen Kommunikation und Vernetzung.
65 Grenzüberschreitende Kriminalität erfordert in sich geschlossene Lösungsansätze.

66

67 Daher muss die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich gestärkt werden. Mit der Überführung des
68 Vertrags von Prüm in den europäischen Rechtsrahmen, mit der Stärkung des Europäischen Polizei-
69 amtes (EUROPOL), der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außen-
70 grenzen (FRONTEX) sowie der gemeinsamen Terrorismusbekämpfungsstrategie sind wichtige Bau-
71 steine hierfür geschaffen. EUROPOL muss als Kompetenzzentrum für Informationen und koordi-
72 nierende Unterstützung weiter entwickelt werden.

73

74 In einer global vernetzten Welt wird der Informationsaustausch immer mehr zu einem Kernele-
75 ment der europäischen Sicherheit. Dies gilt vor allem in den Bereichen Grenzschutz, illegale Migra-

76 tion, Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Neue Techno-
77 logien müssen daher bei der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitspolitik im Vorder-
78 grund stehen. Die CDU setzt sich für eine kohärente europäische Strategie zum Informationsaus-
79 tausch ein. Dazu gehört neben der Verknüpfung von nationalen auch der Zugang der Sicherheits-
80 behörden zu europäischen Datenbanken. Dabei sind Datenschutzinteressen mit dem Interesse an
81 einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Datenschutz darf aber nicht zum
82 Täterschutz werden.

83

84 **Nationale Sicherheitsstrukturen**

85 Die Verteilung der polizeilichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern nach unserem Grundgesetz
86 hat sich grundsätzlich bewährt. Diese Struktur gewährleistet eine bürgernahe Polizeiarbeit und
87 trägt damit maßgeblich zum Sicherheitsempfinden der Bürger bei. Dieser bewährten Aufgabenteilung
88 liegt der Gedanke zu Grunde, dass sich regional auftretende Kriminalitätsfelder – und damit
89 die Masse aller Delikte – am effektivsten regional durch die Polizei der Länder bekämpfen lassen.
90

91

92 Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zwingen dazu, die bisherige Sicherheitsarchi-
93 tektur anzupassen. Die präventive Kompetenzerweiterung des Bundeskriminalamtes im Bereich
94 der Terrorismusbekämpfung ist hierzu ein wesentlicher Baustein. Instrumente, Organe und Fähig-
95 keiten der inneren und äußeren Sicherheit sind miteinander zu verzahnen, damit die Sicherheits-
96 behörden von Bund und Ländern noch effizienter zusammenarbeiten können.

97

98 Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr voneinander zu trennen. Die Zuordnung von Gefah-
99 ren kann heute nicht allein nach den Kriterien von „innen“ und „außen“, sondern muss nach der
100 Qualität eines Angriffs erfolgen. Deshalb muss in besonderen Gefährdungslagen ein Einsatz der
101 Bundeswehr im Innern mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der
102 Bewältigung terroristischer Gefahren ergänzend zu Länder- und Bundespolizei im Rahmen festge-
103 legter Grenzen möglich sein. Hierfür sind klare Rechtsgrundlagen zu schaffen. Die strikte Trennung
104 von Polizei und Militär muss dabei gewahrt bleiben.

105

106 Eine den Erfordernissen angepasste Sicherheitsarchitektur muss auf Bundes- wie auch auf Länder-
107 ebene kontinuierlich und kritisch überprüft werden. Um dabei Effizienz- und Effektivitätspotenzi-
108 ale zu identifizieren, muss dies ungeachtet von Ressortzugehörigkeiten und Organisationsegois-
109 men mit Blick auf Strukturen und Finanzmitteleinsatz erfolgen. Dies bedeutet etwa beim Bund eine
110 Zusammenführung von Bundespolizei und Zoll im Ermittlungsbereich, speziell auf Flughäfen. Die
111 Länder sollten eine verstärkte Zusammenarbeit im technischen Bereich, wie zum Beispiel gemein-
112 same Einrichtungen zur DNA-Analyse und zur Telekommunikationsüberwachung (TKÜ), anstreben.

113

114 2. Sicherheit in Zukunft - Mehr Sicherheit für die Bürger

115

116 Sicherheitsbedürfnis des Bürgers ernst nehmen

117 Die Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ord-
118 nung sowie die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Vor-
119 aussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Bürger und das Vertrauen in den Staat.

120

121 Bagatellisierung von Kriminalität ist der falsche Weg. Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen
122 Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft be-
123 gangen werden. Hemmschwellen werden so gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und kriminelle Kar-
124 rieren begünstigt.

125

126 Die Polizei ist für alle Bürger da. Die CDU setzt sich für eine orts- und bürgernahe Polizei ein, die
127 sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Eine „sichtbare“ und gut ausgestattete
128 Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl der Bürger, gerade auch der älteren Bürger.

129

130 Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit
131 konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen. Wir wollen deshalb die Leistungsfähig-
132 keit der Gerichte und Staatsanwaltschaften erhalten und wo nötig verbessern. Nur wenn der Staat
133 schnell reagiert, um Rechtsbrüche zu ahnden, bringt er glaubhaft und wirkungsvoll zum Ausdruck,
134 dass er seine Bürger schützen will.

135

136 Auch der Justizvollzug muss den Sicherheitsinteressen der Bürger Rechnung tragen. Eine Wieder-
137 eingliederung ehemaliger Straftäter in die Gesellschaft ist unser Ziel. Dabei ist aber dem Schutz
138 der Bevölkerung vor rückfälligen Straftätern gleiche Beachtung zu schenken.

139

140 Bestehende Lücken bei der Sicherungsverwahrung müssen geschlossen werden.

141

142 Opferschutz geht vor Täterschutz. Wir wollen die Betreuung von Opfern sowie die Verbesserung
143 ihrer Opferposition stärken. Dabei ist die Arbeit von ehrenamtlichen Organisationen und Personen
144 zu stärken. Denn nur so kann eine umfassende Opferbetreuung gelingen.

145

146 Polizei muss „fit“ sein für die Aufgaben der Zukunft

147 Die Polizei genießt bei den Bürgern ein hohes Maß an Vertrauen. Leidet der Sicherheitsstandard
148 der Polizei, so leidet auch die Sicherheit der Bürger. Deshalb sind die Ausgaben für die Polizeiar-
149 beit kein geeigneter „Steinbruch“ für Konsolidierungsbemühungen der Finanzpolitik. Um das
150 bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Terror, Gewalt und Kriminalität zu erzielen, muss die Poli-
151 zei personell, organisatorisch und technisch, insbesondere im IT-Bereich, handlungsfähig sein. Un-

152 ser Ziel ist es daher, einen zeitgemäßen Technologiestandard flächendeckend für ganz Deutsch-
153 land zu erreichen.

154

155 Wir wollen die Einführung des Digitalfunks für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheits-
156 aufgaben so schnell wie möglich fertig stellen und damit ein bundesweit einheitliches Funknetz für
157 Rettungs- und Sicherheitskräfte flächendeckend über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
158 erstrecken und dabei die bestehenden, voneinander unabhängigen Analogfunknetze ablösen.

159

160 Der genetische Fingerabdruck bietet hervorragende Möglichkeiten bei der Aufklärung, aber auch
161 zur Vorbeugung von Straftaten. Wir wollen daher die Identifizierung von Kriminellen durch den
162 sogenannten „genetischen Fingerabdruck“ deutlich verbessern, in dem wir dies als Standardmaß-
163 nahme bei der erkennungsdienstlichen Behandlung einführen.

164

165 Auch die Polizei muss sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. Dazu gehören ne-
166 ben dem Erlernen von Fremdsprachen auch zukunftsorientierte Fortbildungsmaßnahmen.

167

168 Die gezielte Öffnung der Polizei für Interessenten mit Migrationshintergrund ist im Hinblick auf
169 die sich rasch ändernde Bevölkerungsstruktur unverzichtbar. Ihre sprachlichen und kulturellen
170 Kompetenzen müssen verstärkt im Polizeidienst genutzt werden. Polizisten mit Migrationshin-
171 tergrund sind in ganz besonderer Weise in der Lage, die speziellen Konflikte zu lösen, die durch
172 den jeweiligen kulturellen Hintergrund entstehen. Ausbildung und Einsatz von Polizisten mit
173 Migrationshintergrund verbessern zudem den Zugang zu den verschiedenen Migrantengruppen.
174 Sie sind wichtige „Brückenbauer“. Wir setzen uns dafür ein, dass spezielle Bewerbungstrainings für
175 Polizeianwärter mit Migrationshintergrund ausgebaut werden.

176

177 Besorgniserregend ist die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten und gegenüber
178 allen anderen, die sich beruflich oder ehrenamtlich für die Sicherheit der Bürger einsetzen. Sie ver-
179 dienen unseren Schutz. Die CDU fordert daher, dieser Entwicklung frühzeitig und entschlossen
180 entgegenzutreten.

181

182 In der bilateralen Polizeizusammenarbeit wurden in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt.
183 Die gemeinsamen Zentren zur Polizeizusammenarbeit, die mit einigen Nachbarstaaten aufgebaut
184 wurden, leisten hervorragende Arbeit zur Verbesserung der Sicherheit in den Grenzgebieten. Ent-
185 sprechendes gilt für die gemeinsamen Ermittlungsgruppen bei der grenzüberschreitenden Zu-
186 sammenarbeit in Strafsachen. Diese praktische Zusammenarbeit vor Ort will die CDU ausbauen,
187 um die innere Sicherheit im Schengenraum kontinuierlich zu verbessern.

188

189 Ein Schlüssel für eine erfolgreiche Polizeizusammenarbeit ist nicht zuletzt auch eine „europäische
190 Polizeikultur“, die u. a. durch einen verstärkten Austausch von Polizeibeamten unterstützt werden
191 sollte. Das dadurch entstehende gegenseitige Vertrauen festigt nicht nur die polizeiliche Kompo-
192 nente in europäischen Drittstaatsmissionen, sondern erleichtert auch die tägliche Polizeizusam-
193 menarbeit.

194

195 **Frühe Förderung und Stärkung der Präventionsarbeit**

196 Die CDU will Sicherheit aktiv gestalten, gedeihliches Zusammenleben fördern und Sozialverträglichkeit stärken. Wir schlagen deshalb Mittel und Wege vor, die frühzeitig greifen, um den Weg in die „Reparaturwerkstätten“ unserer Gesellschaft möglichst zu vermeiden. Dazu bedarf es eines breiten Bündnisses aller gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Institutionen.

200

201 Insbesondere zur Eindämmung von Gewalt sollten neben den klassischen polizeilichen und justiziellen Ansätzen und Maßnahmen der Kriminalprävention stärker als bisher konsequent die Bereiche genutzt werden, die diesen vorgelagert sind und bereits im frühen Kindesalter beginnen. Langfristige Erfolge lassen sich nur mit systematisierten Angeboten, aufeinander aufbauenden, sich ergänzenden Programmen, wie etwa „Schule – Freizeit – Verein“ oder „Kindergarten - Vorschule – Schule“, erzielen.

207

208 Die Familie ist die wichtigste Erziehungsinstitution. Schulen können die Erziehungsarbeit der Eltern unterstützen und ergänzen, sie können sie aber nicht ersetzen. Die CDU will Angebote zur Erhöhung der Erziehungskompetenz für alle jene, die mit der Erziehung junger Menschen betraut sind. Deshalb sollen Familien bei Bedarf unterstützt werden, zum Beispiel durch die Ausgabe von „Familiengutscheinen“ zur Inanspruchnahme von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten für Eltern. Darüber hinaus sind Angebote zur Vorbereitung auf die Elternrolle zu unterbreiten. Wir wollen Konzepte in der Jugendsozialarbeit entwickeln und umsetzen, die der Zeit und den anstehenden Problemen gerecht werden, wie der Einsatz von „Schoolworkern“ und die Ausbildung von Mediatoren.

217

218 Ziel ist eine möglichst frühe Toleranzförderung bei Kindern (3 bis 4-jährige) und die Bestärkung in einem vorurteils- und gewaltfreien Umgang mit dem „Fremd“ und „Anders“ sein, unabhängig von Hinweisen auf eine entsprechende Anfälligkeit bei Kindern. Erzieherinnen und Erzieher sollten frühzeitig auf eine altersgerechte Entwicklung achten und bei Auffälligkeiten entsprechende Förderungsmaßnahmen anbieten oder auch initiieren.

223

224 Voraussetzung hierfür ist der Einsatz von qualifizierten Betreuerinnen und Betreuern in Horten, Kindertagesstätten und Vorschulen sowie Lehrerinnen und Lehrern in Schulen, die Kindern mit entsprechender Sensibilität begegnen und dabei auch Auffälligkeiten wie etwa ausgeprägte Aggressivität

227 und Gewaltneigung registrieren und kompetent reagieren. Es gilt, bereits in frühen Jahren Schutz-
228 faktoren zu fördern und auf allgemeine Risikobedingungen wie mangelnde Zuwendung und emoti-
229 onale Vernachlässigung zu reagieren.

230

231 Insgesamt sind deshalb in vielen Bereichen unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen erforder-
232 lich, zum Beispiel: Qualifizierung in der Kindertagespflege: Sie soll attraktiver gestaltet und die
233 Qualifizierung der Kindertagesmütter und -väter verbessert werden.

234

235 Qualifizierung bei Erziehern: Das Erkennen und angemessene Reagieren bei Verdachtsfällen von
236 Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung muss Gegenstand der Ausbildung bei Erziehern wer-
237 den. Sie sind darauf vorzubereiten, auch den Zugang zu Eltern zu finden, die zu einer Zusammen-
238 arbeit nicht in der Lage sind oder sich dieser entziehen. Der aufsuchenden Elternarbeit obliegt
239 deshalb eine besondere Beobachtung.

240

241 Lehrerausbildung praxisbezogen stärken: Der „pädagogische Ernstfall“ muss im Mittelpunkt der
242 Ausbildung stehen. Neben dem fachlichen Studium sollten Lehrer darin geschult werden, die Per-
243 sönlichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Mittelbar kann so auch ein wertvoller Bei-
244 trag zur Gewaltprävention geleistet werden.

245

246 Bereits heute werden auf dem Gebiet der Kriminalprävention eine Fülle von erfolgreichen Initiati-
247 ven und Maßnahmen ergriffen. Diese Maßnahmen müssen hinsichtlich ihrer Qualität und Nachhal-
248 tigkeit überprüft werden. Es müssen dabei Strategien entwickelt werden, wie bewährte und erfolg-
249 reiche Projekte bundesweit umgesetzt sowie langfristig etabliert werden können. Diese sind sinn-
250 voll weiter zu entwickeln und möglichst konzeptionell aufeinander abzustimmen.

251

252 Erfolgreiche Prävention gelingt am besten vor Ort. Im Sinne eines ganzheitlichen Präventionsan-
253 satzes ist aber auch eine optimierte Bündelung und Vernetzung aller Präventionsaktivitäten rund
254 um den Kinder- und Jugendbereich in den Ministerien und diesen nachgeordneten Behörden,
255 freien Trägern sowie Verbänden und Vereinen zuzustehen. Es soll eine kompetente Anlaufstelle in
256 allen Präventionsfragen für die Bürger entstehen, egal ob es die Arbeit von erzieherisch Tätigen
257 betrifft oder um Probleme von und mit Kindern und Jugendlichen geht. Es soll dabei zum einen die
258 qualitativ gute Präventionsarbeit gestärkt werden. Zum anderen soll aber auch die frühe Förde-
259 rung im Sinne einer Grundlagenarbeit intensiviert werden.

260

261 Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement in der Jugendarbeit uner-
262 setzlich. Wir unterstützen Bürger, die offen für bürgerschaftliches Engagement und die Über-
263 nahme von Verantwortung in der präventiven und integrativen Jugendarbeit sind. Die CDU strebt
264 eine Gesellschaft an, in der freie und mündige Bürger zusammenhalten und füreinander eintreten.

265 Die Gesellschaft muss gemeinsam Verantwortung dafür tragen, dass jeder in ihr seinen Platz fin-
266 den kann.

267

268 Folglich sind interdisziplinäre Zusammenarbeit und ein Austausch von gelungenen Präventions-
269 projekten von herausragender Bedeutung. Die Vernetzung aller Akteure ist ein wichtiger Bestand-
270 teil, um das Ziel der Reduzierung von Kriminalität zu erreichen.

271

272 **Gemeinsam gegen die Ursachen von Kinder- und Jugendkriminalität vorgehen**

273 Obwohl viel getan wurde, ist die Entwicklung von Gewaltbereitschaft und -kriminalität bei Kindern
274 und Jugendlichen besorgniserregend. Kinder- und Jugendkriminalität nehmen immer brutalere
275 Formen an. Die Täter werden immer jünger. Insbesondere fällt eine deutliche Zunahme exzessiven
276 Alkoholkonsums und massiver Gewaltbereitschaft auf.

277

278 Hierfür gibt es vielfältige Ursachen: Der Verlust von Wertorientierungen, fehlende Zukunftspers-
279 spektiven, mangelnde soziale Kompetenzen, unzureichende Bildung, das Wohnumfeld oder die
280 Überforderung der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder. Auch Gewalt in den Medien und entspre-
281 chende Einflussfaktoren, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, Gewalterfahrungen junger
282 Menschen, Integrationsprobleme wie auch mangelnde Sprachkompetenzen bei Jugendlichen mit
283 Migrationshintergrund kommen als Auslöser in Betracht.

284

285 Kinder- und Jugendkriminalität können nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn Prävention,
286 Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz konzeptionell zusammen wirken. Der Rechts-
287 staat muss wachsam bleiben, falls erforderlich gesetzlich nachjustieren und entschlossen mit jun-
288 gen Straftätern umgehen. Dazu gehört auch, dass Sanktionen rasch spürbar sein müssen.

289

290 Die CDU setzt sich dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die An-
291 ordnung eines „Warnschussarrests“ möglich ist. Dabei geht es – auch im Interesse des Betroffenen
292 – darum, zeitnah Chancen für nachhaltige und sehr spezifische Unterstützungsangebote zu eröff-
293 nen. So kann auch verhindert werden, dass die Bewährungsstrafe als "Freispruch zweiter Klasse"
294 empfunden wird. Des Weiteren müssen jugendliche Straftäter frühzeitig - nicht erst nach einer
295 langen kriminellen „Karriere“ - mit einem therapeutischen Gesamtkonzept ein Leben mit fester
296 Struktur und Respekt vor Anderen lernen. Die Verpflichtung zur Teilnahme an solchen Therapien
297 muss auch bei einer Bewährungsstrafe erfolgen können.

298

299 Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die An-
300 wendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen.
301 Gegen Heranwachsende, auf die auch häufig wegen ihrer mangelnden Reife noch Jugendstrafrecht

302 anzuwenden ist, soll für schwerste Verbrechen eine Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren statt maxi-
303 malen 10 Jahren verhängt werden können.

304

305 Auch wollen wir die jugendstrafrechtlichen Handlungsinstrumentarien erweitern. Wir treten zum
306 Beispiel dafür ein, das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als ei-
307 genständige Sanktion im Jugendstrafrecht zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Ar-
308 ten von Straftaten zu eröffnen.

309

310 Wir wollen den Ausweisungsschutz im Aufenthaltsrecht für schwer kriminelle Jugendliche ändern.
311 Jugendliche Intensivtäter sollen bei einer Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von
312 mindestens einem Jahr ohne Bewährung in ihr Heimatland abgeschoben werden. Wer in Deutsch-
313 land lebt, muss sich auch an unsere Regeln halten.

314

315 **Gegen Sexualstraftäter entschlossen vorgehen**

316 Es darf nichts unversucht bleiben, insbesondere unsere Kinder mit allen rechtsstaatlich zulässigen
317 Möglichkeiten zu schützen. Wir brauchen eine deutschlandweit vernetzte Datei für Sexualstraftä-
318 ter, bei denen ein Rückfall nicht ausgeschlossen werden kann. Vor allem Risikogruppen wie etwa
319 Sexualmörder oder Mehrfachvergewaltiger sollen in dieser Datei erfasst werden. Sie sollte Infor-
320 mationen aus dem Vollzug, über Vorstrafen und Aufenthaltsort, Gefahreinschätzung, Finge-
321 rabdrücke, DNA-Proben sowie ein Lichtbild enthalten. Polizei und Justizbehörden sollen online auf
322 diese Datenbank zugreifen können. Überdies sollten Kindergärten, Schulen und Jugendämter die
323 Möglichkeit erhalten, entsprechende Auskünfte von den Sicherheitsbehörden einzuholen. So wer-
324 den Institutionen mit eingebunden, die eine besondere Verantwortung für mögliche Opfer tragen.
325 Wir wollen ein enges Netz spannen, das Kontakte von Risikopersonen mit möglichen Opfern ver-
326 hindern soll und Fehlentwicklungen so früh wie möglich aufdeckt.

327

328 **Die Gefahren der Internetkriminalität im Informationszeitalter**

329 Das Internet hat die Lebens- und Arbeitswelt nachhaltig verändert. E-Mail, Online-Shopping und
330 Online-Banking, Chat-Rooms und Diskussionsforen, ständig aktualisierte Online-Medien und vie-
331 les mehr sind Belege dafür. Die technische Entwicklung und die flächenhafte Verbreitung schreiten
332 mit hoher Geschwindigkeit weiter voran. Mehr als 1,3 Milliarden Nutzer weltweit und mehr als 42
333 Millionen in Deutschland unterstreichen die Bedeutung dieser neuen virtuellen Welt.

334

335 Diese neue Welt hat jedoch auch ihre Schattenseiten, die sich gleichermaßen rasant entwickeln
336 und zu einer ernsthaften Bedrohung für Persönlichkeits- und Urheberrechte, für den Datenschutz
337 und unsere Sicherheit werden. Neben der Internetkriminalität im engeren Sinne, wie dem Ausspi-
338 onieren von Daten zu Betrugszwecken (Phishing), dem Infizieren fremder Rechner oder Angriffen
339 auf die Verfügbarkeit von Rechnern, entwickelt sich zunehmend die traditionelle Kriminalität, die

340 via Internet begangen wird, zu einer ernsthaften Bedrohung. Die Verbreitung von Kinderpornogra-
341 phie, die Tatmittelbeschaffung, die Bereitstellung von extremistischem Propagandamaterial bis hin
342 zur Werbung für den internationalen Dschihad oder Cyber-Terrorismus - wie zum Beispiel ein An-
343 griff auf ein Rechenzentrum - all dies findet im Internet statt.

344
345 Neben schweren Straftaten wie diesen sind es zunehmend auch andere Formen der Internet-Nut-
346 zung, die nachhaltig negativ in die Privatsphäre von Bürgern eingreifen. Inzwischen sind nicht nur
347 Zugangsdaten, sondern die gesamte digitale Identität der Nutzer im Fokus der Informations- und
348 Kommunikationskriminalität. Infolgedessen werden Bürger zu Opfern von „Online-Mobbing“ und
349 schuldlos an den „Internetpranger“ gestellt.

350
351 Die technischen Möglichkeiten des grenzenlosen Internet und die Begrenztheit nationaler Rege-
352 lungen sichern den Straftätern im World Wide Web einen Vorsprung, der nicht mehr länger hinge-
353 nommen werden darf.

354
355 Deshalb wollen wir eine weitere internationale Harmonisierung von Regelungen zur Bekämpfung
356 der Internetkriminalität, vor allem die Anwendung der „Budapester Konvention gegen Datennetz-
357 kriminalität“, dem Übereinkommen des Europarats über Computerkriminalität von 2001, um das
358 Computerstrafrecht der Länder anzugleichen. Wir wollen die internationale Kooperation bei der
359 Bekämpfung von Internetkriminalität ausbauen - sowohl von staatlichen, wie auch von nicht-staat-
360 lichen Stellen. Wir treten für eine stärkere Bündelung der Aktivitäten im Kampf gegen die Inter-
361 netkriminalität ein. Das 2007 gegründete Gemeinsame Internetzentrum ist ein erster Schritt auf
362 diesem Weg. Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die
363 entsprechenden Einrichtungen der Länder sind hierfür personell und technisch weiter zu stärken.
364 Ebenso müssen die bestehenden Initiativen zum Jugendschutz und dem sensiblen Umgang mit
365 dem Internet, zur Aufklärung und Weiterbildung der Nutzer und zur Verbesserung der Medien-
366 kompetenz der Bürger fortgesetzt und gebündelt werden. Analog zur „Stiftung Warentest“ könnte
367 eine Stiftung „Internet-Test“ wertvolle Dienste leisten.

368
369 „Schwarzhandel“ mit Adressen, Diebstahl von Daten bis hin zu illegalen Kontoabbuchungen sind
370 die negativen Begleiterscheinungen der legalen Nutzung von Kundendaten. Der Bürger muss dar-
371 auf vertrauen können, dass seine Daten – egal an welcher Stelle er sie als Kunde angegeben hat –
372 vor Missbrauch geschützt sind. Deshalb darf die Weitergabe von Kundendaten in der Regel nur mit
373 seiner Zustimmung erfolgen. Der unabdingbar notwendige Informationsaustausch im Alltag und
374 Geschäftsleben einerseits und das berechtigte Interesse des Bürgers an der Sicherheit seiner Da-
375 ten andererseits können so in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden.

376

377 Der beste Schutz gegen Datenmissbrauch ist jedoch die Vorsicht und Zurückhaltung von Daten-
378 übermittlung durch den Internetnutzer selbst.

379

380 **3. Schutz und Hilfe durch qualifizierten Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungs-** 381 **dienste**

382

383 Die Gewährleistung sicherer Lebensverhältnisse beschränkt sich nicht nur auf die effiziente Krimi-
384 nalitätsbekämpfung. Auch die Fähigkeit, Menschen in elementarer Not qualifiziert Hilfe zu leisten,
385 zeichnet eine moderne Sicherheitspolitik aus.

386

387 Effizienter Brand- und Katastrophenschutz sowie effiziente Rettungsdienste sind deshalb unver-
388 zichtbar und verdienen engagierte Förderung.

389

390 Das System der sogenannten nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr und das Zusammenwirken von
391 Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk und Rettungsdiensten haben sich be-
392 währt. Insbesondere der hohe Anteil der ehrenamtlichen Kräfte in diesem Bereich stellt nicht nur
393 ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlicher Mitwirkung dar, sondern sichert auch ein fle-
394 xibles System effizienter Gefahrenabwehr und Hilfeleistung, das zudem für den Bürger außeror-
395 dentlich günstig ist.

396

397 Diejenigen, die sich aufopfernd und unentgeltlich rund um die Uhr für die Sicherheit ihrer Mitmen-
398 schen einsetzen, müssen deshalb dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder in unserer Ge-
399 sellschaft.

400

401 Die Aufrechterhaltung der Fähigkeit zur qualifizierten Hilfeleistung ist eine der wichtigsten Aufga-
402 ben des Staates. Es handelt sich um eine „Pflichtaufgabe“, die derzeit in weiten Bereichen durch
403 ehrenamtliche Kräfte erfüllt wird. Nur wenn es auch zukünftig gelingt, genügend ehrenamtliche
404 Kräfte für diese Aufgaben zu gewinnen, kann die Struktur der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr
405 wie bislang aufrechterhalten werden. Es liegt daher im Interesse des Staates und der Kommunen
406 gerade im Hinblick darauf, dass unsere Gesellschaft immer älter wird und zukünftig immer weniger
407 junge Menschen für diese Dienste zur Verfügung stehen werden, alles dafür zu tun, diese Dienste
408 attraktiv zu gestalten und die Angehörigen dieser Dienste dauerhaft zu unterstützen. Diese Unter-
409 stützung muss über die Beschaffung von Fahrzeugen und die Förderung baulicher Maßnahmen hi-
410 nausgehen. Die volle Teilhabe an steuerlichen Erleichterungen wie zum Beispiel dem Übungsleiter-
411 freibetrag oder die Kostenübernahme für Führerscheine gehören zu diesen Maßnahmen. Wir tre-
412 ten deshalb dafür ein, die Investition in Ausstattung, Aus- und Fortbildung der Angehörigen der
413 Feuerwehren und der Hilfsorganisationen bzw. Rettungsdienste deutlich auszubauen.

414

415 Um auch zukünftig ausreichende Kräfte zu gewährleisten, müssen die Hilfsorganisationen selbst,
416 aber auch die Kommunen besondere Anstrengungen unternehmen. Die Länder und der Bund sind
417 zu intensiver Unterstützung verpflichtet. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung unseres
418 Landes erfordert die Zukunftsfähigkeit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr insbesondere eine
419 intensive Mitarbeit von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund.

420
421 Auch veränderte und neue Gefahrenlagen machen eine konzeptionelle und inhaltliche Weiterent-
422 wicklung der polizeilichen Gefahrenabwehr erforderlich. Sowohl die Auswirkungen der klimati-
423 schen Veränderungen und Extremwetterlagen als auch die Gefahr terroristischer Anschläge stellen
424 eine besondere Herausforderung dar. Wichtige Infrastrukturbereiche wie zum Beispiel die Ener-
425 gieversorgung, die Verkehrsinfrastruktur oder das Transportwesen sind neuen Gefahren ausge-
426 setzt. Es müssen daher Einsatzstrategien entwickelt werden, die sich speziell auf diese Szenarien
427 einstellen. Hierbei spielt die reibungslose Zusammenarbeit von Polizei, Hilfs- und Rettungsorgani-
428 sationen eine zentrale Rolle. Aber auch Unternehmen und Infrastruktureinrichtungen müssen die-
429 sen Herausforderungen künftig mehr Beachtung schenken. Zum Beispiel müssen die Energiever-
430 sorger Maßnahmen ergreifen, um die Versorgungssicherheit im Notfall abzusichern.

431
432 Im internationalen und europäischen Rahmen treten wir für länderübergreifende Aus- und Fortbil-
433 dung ein. Auch länderübergreifende Übungen sowie ein verstärkter Informationsaustausch, insbe-
434 sondere zwischen den nationalen Lagezentren sind erforderlich. Zu einem effektiven Katastro-
435 phenschutz in Europa gehört auch eine grenzüberschreitende Unterstützung, wenn nationale Res-
436 sourcen in einem europäischen Mitgliedstaat nicht ausreichen. Die Verantwortung für solche Ein-
437 sätze muss jedoch auf nationaler Ebene bleiben. Zentralgesteuerte Operationen auf europäischer
438 Ebene, die Einrichtung von eigenen EU-Einsatzkräften oder die Finanzierung eines EU-Geräte-
439 Pools lehnen wir ab.

440

441 **4. Sichere Gesellschaft und Bürgergesellschaft gehören zusammen**

442

443 **Ehrenamt stärken**

444 Auch bei allen Anstrengungen des Staates zur Gewährleistung der inneren Sicherheit können Kri-
445 minalität und Gefahren dauerhaft nicht ausreichend allein durch staatliches Handeln begegnet
446 werden. Es bedarf vielmehr des Mitwirkens einer aktiven Bürgergesellschaft, die durch eine Kultur
447 des Hinsehens und nicht der Gleichgültigkeit oder gar des Wegschauens die Entstehung von Ge-
448 walt und Kriminalität verhindert sowie dort, wo dies nicht gelingt, engagiert hilft. Sichere Lebens-
449 umstände erfordern ein engagiertes gesellschaftliches Miteinander und keine Gleichgültigkeit
450 bzw. die alleinige Aufgabenzuweisung an den Staat und seine Organe.

451

452 Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt deshalb auch im Bereich der inneren Sicherheit davon
453 ab, dass Bürger Verantwortung für andere übernehmen und dies als Ausdruck ihrer persönlichen
454 und gesellschaftlichen Freiheit verstehen. Eine verantwortungsbewusste Bürgergesellschaft neben
455 den staatlichen Sicherheitsinstitutionen ist deshalb eine der tragenden Säulen unserer Sicherheits-
456 architektur. Durch den demografischen Wandel zeichnen sich hier besondere Herausforderungen
457 ab. Eine kleiner werdende, kinderarme und alternde Gesellschaft steht dabei vor einer doppelten
458 Herausforderung: Zum einen wird die Zahl der Menschen, die für ein solches bürgerschaftliches
459 Engagement zur Verfügung stehen können, kleiner, und zum anderen wird das Verlangen nach si-
460 cheren Lebensumständen gerade bei einer älter werdenden Bevölkerung zunehmen. Die Bedeu-
461 tung der inneren Sicherheit für das gedeihliche Zusammenleben unserer Gesellschaft wird deshalb
462 nicht geringer, sondern größer werden.

463
464 Damit der Staat auch künftig seine Leistungsfähigkeit für die Kernaufgaben erhalten kann, wird er
465 seine Aufgaben für die Zukunft neu bestimmen müssen. Er wird deshalb darauf angewiesen sein,
466 dass eine leistungsbereite und leistungsfähige Bürgergesellschaft über die Mittel und Möglichkei-
467 ten verfügt, weitere Teile des gesellschaftlichen Lebens eigenständiger zu gestalten als gegenwär-
468 tig. Deshalb benötigen wir zukünftig mehr denn je freiwilliges und unentgeltliches Engagement für
469 das Gemeinwohl. Es müssen deshalb weitere Anreize geschaffen werden, damit uns die vielen Bür-
470 ger, die sich heute ehrenamtlich in den Bereichen der Sicherheit engagieren auch morgen erhalten
471 bleiben und wir neue Bürger für diese Aufgabe hinzugewinnen.

472

473 **Ehrenamtliche Ordnungskräfte als Beispiel einer aktiven Bürgergesellschaft**

474 Das bürgerschaftliche Engagement ist für die innere Sicherheit zu nutzen und zu fördern. Mit der
475 Einrichtung von freiwilligen Polizeihelfern eröffnet sich die Möglichkeit, dass sich Bürger aktiv
476 beteiligen können. Ehrenamtliche Ordnungskräfte ohne polizeiliche Befugnisse sind eine sinnvolle
477 Ergänzung zur Polizeipräsenz. Diese ehrenamtlichen Helfer sind zuerst Ansprechpartner für den
478 Bürger. Sie sind kein Ersatz hauptberuflicher Polizeikräfte, sondern ein zusätzliches Instrument der
479 Sicherheit. Der freiwillige Polizeidienst verbindet eine Stärkung der inneren Sicherheit mit dem
480 Angebot einer freiwilligen ehrenamtlichen Tätigkeit im Interesse der gesamten Gesellschaft unter
481 Aufsicht und Leitung der Polizei.

482

483 Das Aufgabenfeld umfasst die Mitwirkung bei der kommunalen Kriminalprävention und das Ein-
484 greifen bei Ordnungswidrigkeiten. Die Bürger wirken im Umfeld von Kinderspielflächen, Schulen
485 und Kindergärten durch Streifen mit. Sie unterstützen Betreuungsangebote für gefährdete Ju-
486 gendliche und wirken in der Verkehrsprävention mit. Sie sind dort präsent, wo Menschen häufig
487 Angst empfinden, wie etwa in Parkhäusern oder öffentlichen Anlagen. Sie begleiten Schüler und
488 Senioren bei Busfahrten und in anderen öffentlichen Verkehrsmitteln.

489

490 Da der freiwillige Polizeidienst anders als der hauptberufliche Polizeidienst keine besonderen Aus-
491 bildungs- und Beamtenvoraussetzungen erfordert, steht er allen Bürgern offen. Er ist deshalb eine
492 hervorragende Möglichkeit, insbesondere Migranten als „Brückenbauer“ zwischen der angestamm-
493 ten und der zugewanderten Bevölkerung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit zu gewin-
494 nen. Wir begrüßen daher Modellversuche von Ländern und Kommunen für einen freiwilligen Poli-
495 zei- und Streifendienst. Sie fördern eine Kultur des Hinsehens und der Zivilcourage. Denn wo frei-
496 willige Polizeihelfer im Einsatz sind, werden Tatgelegenheiten reduziert. Die CDU setzt sich dafür
497 ein, dass in jedem Land ein solcher freiwilliger Polizei- und Streifendienst ermöglicht wird. Wir
498 wollen, dass den Bürgern Anreize zum Mitwirken gegeben werden.

499

500

501

502

503

504

505

506

507

508

509

510

511

512

513

514

515

516

517

518

519

520

521

522

523

524

525

526

527

528 **B. Kampf gegen Islamismus und Extremismus**

529

530 **1. Grundsätze**

531

532 **Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung**

533 Extremistischen Bestrebungen ist die Zielrichtung gemein, Verfassungsprinzipien der freiheitlich-
534 demokratischen Grundordnung beseitigen zu wollen. Die freiheitlich-demokratische Grundord-
535 nung stellt die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft rechtsstaatliche Herr-
536 schaftsführung dar, auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der je-
537 weiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit. Hierzu gehören insbesondere die Achtung vor
538 den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteil-
539 ung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängig-
540 keit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien
541 mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

542

543 Alle extremistischen Bestrebungen basieren auf menschenverachtenden Ideologien und zielen auf
544 Gesellschaften, in denen die Würde des Menschen systematisch missachtet wird. Diese Würde zu
545 achten und zu schützen ist jedoch die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Die CDU bekennt sich
546 zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen
547 Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

548

549 Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen
550 Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen.
551 Dafür müssen und dafür wollen wir Sorge tragen.

552

553 Wir wissen aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte, dass eine Demokratie ihren Feinden
554 auf allen Gebieten entschlossen entgegentreten muss – und zwar sowohl in Wort als auch in Tat.
555 Wir wissen aber auch, dass sich das Grundgesetz in der Geschichte unseres Landes im Kampf ge-
556 gen den Extremismus bewährt hat. Wir verteidigen diesen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat
557 und seine Bevölkerung deshalb gegen jeglichen Versuch, seine tragenden Säulen zu zerstören.

558

559 Dabei kämpfen wir nicht gegen „rechts“, sondern gegen den Rechtsextremismus. Wir kämpfen
560 nicht gegen „links“, sondern gegen den Linksextremismus. Und wir kämpfen nicht gegen „den Is-
561 lam“, sondern gegen den Islamismus.

562

563

564

565

566 Vernunft der Zuständigen

567 In der Extremismusbekämpfung brauchen wir die Vernunft der Zuständigen und nicht nur den re-
568 flexhaften „Aufstand der Anständigen“. Hysterie und Vorverurteilung sind ebenso falsche Reaktio-
569 nen wie Ignoranz und Verharmlosung.

570

571 Versuche von Extremisten, aber auch von Wissenschaftlern und Parteien, einen „Extremismus der
572 Mitte“ zu konstruieren, der Einstellungen innerhalb des demokratischen Spektrums als extremis-
573 tisch verunglimpft, sind nicht akzeptabel und werden von uns nicht hingenommen. Dies ist der po-
574 litisch motivierte Versuch, den Extremismusbegriff zu zerstören und Extremismusbekämpfung
575 unmöglich zu machen.

576

577 Wir dulden keine Zusammenarbeit mit Extremisten. Der Kampf gegen den Extremismus wird schei-
578 tern, wenn sich Demokraten im Kampf gegen extremistische Gruppierungen mit anderen extremis-
579 tischen Gruppierungen verbünden.

580

581 Vielmehr muss der Schutz unserer Verfassung demokratischer Konsens sein, damit Menschen-
582 rechte, Freiheit und Demokratie gesichert werden. Deshalb wurde mit dem Grundgesetz eine
583 streitbare, wehrhafte Demokratie geschaffen mit einem umfassenden Verfassungsschutzsystem.
584 Zu diesem Verfassungsschutzsystem gehört das Bundesverfassungsgericht, ebenso wie die Verfas-
585 sungsschutzämter im Bund und in den Ländern. Ihre Aufgabe ist insbesondere das Sammeln und
586 Auswerten von Informationen über verfassungsfeindliche und extremistische Bestrebungen. Diese
587 Aufgabe ist unabdingbar für den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die
588 CDU unterstützt deshalb weiterhin die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Organi-
589 sationen durch den Verfassungsschutz.

590

591 Die wehrhafte Demokratie braucht verantwortungsbewusste Parteien, die sich nicht aus Machtin-
592 teresse mit den Feinden der Demokratie einlassen. Die Demokratie braucht aber auch verantwor-
593 tungsbewusste Parteien, die Themen nicht deshalb tabuisieren, weil sie von Extremisten genutzt
594 und missbraucht werden könnten.

595

596 Wir sind der Überzeugung, dass die Integration in unsere Werte- und Gesellschaftsordnung, also
597 in unsere demokratische Leitkultur, die beste Prävention sowohl gegen rechtsextremistische als
598 auch gegen linksextremistische und islamistische Bestrebungen ist.

599

600

601

602

603

604 **2. Rechtsextremismus**

605

606 **Menschenverachtende Ideologie**

607 Der Rechtsextremismus ist eine menschenverachtende, fremdenfeindliche und antisemitische
608 Ideologie, die mit dem christlichen Menschenbild, der selbstbestimmten Würde des Menschen und
609 damit den Grundpositionen der CDU absolut unvereinbar ist. Das Unheil, welches der Nationalso-
610 zialismus über die Menschen brachte, ist Mahnung für alle. Die CDU sieht sich deshalb in der
611 Pflicht, gegen rechtsextremistische Ideologien mit aller Konsequenz vorzugehen.

612

613 Der Umfang rechtsextremistischer Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland ist weiterhin be-
614 sorgniserregend. Besorgniserregend ist auch, dass Menschen bereit sind, rechtsextremistische Par-
615 teien wie die NPD zu wählen. Dies ist weder nur auf ein reines Protestwählerverhalten zurückzu-
616 führen noch alleine auf eine ideologische Verfestigung im rechtsextremistischen Gedankengut.
617 Vielmehr spielen Rechtsextremisten ganz bewusst mit den Zukunftsängsten der Menschen. Insbe-
618 sondere die NPD teilt dabei zunehmend die sozial- und wirtschaftspolitische Hetze und Termino-
619 logie linksextremer Gruppen.

620

621 **Skinheads, rechtsextreme Musikszene und Freie Kameradschaften**

622 Nach wie vor prägen rechtsextremistische Skinheads die Szene der gewaltbereiten Rechtsextre-
623 misten. Ihr Weltbild ist vom Hass auf alles in ihren Augen „Fremde“ und Andersartige geprägt. Sie
624 treten mit spontanen Gewalttaten in Erscheinung, oftmals enthemmt durch ungezügelten Alko-
625 holkonsum und aufgestachelt von aggressiver, volksverhetzender Musik.

626

627 Rechtsextremen Konzerten und Tonträgern kommt bei der Rekrutierung von Jugendlichen und bei
628 der Festigung der gewaltbereiten rechtsextremen Szene eine hervorgehobene Rolle zu. Mit ag-
629 gressiven, fremdenfeindlichen, antisemitischen und antidemokratischen Liedtexten werden
630 rechtsextremistische Argumentationsmuster und Feindbilder unter Jugendlichen verbreitet. Hier-
631 auf muss deshalb auch weiterhin das besondere Augenmerk der Bekämpfung des Rechtsextremis-
632 mus liegen.

633

634 Anhänger der Neonaziszene versuchen sich in Gegensatz zu rechtsextremistischen Skinheads stär-
635 ker an zielgerichteten politischen Aktivitäten. Sie treten für einen totalitären Führerstaat national-
636 sozialistischer Prägung ein, und propagieren offen Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus. In
637 der Öffentlichkeit präsentieren sich Neonazis insbesondere auf Demonstrationen, wobei sie versu-
638 chen, bestehende gesellschaftliche Debatten für sich zu vereinnahmen und mit rechtsextremen In-
639 halten aufzuladen. Beispiele dafür sind die Globalisierungsdebatte, aber auch die Integrationsde-
640 batte. Intern sind sie in dezentral organisierten Kameradschaften organisiert. Durch den Versuch,
641 auf vereinsähnliche Strukturen zu verzichten, wollen sie Vereinsverbote unterlaufen. Trotzdem

642 konnten bereits mehrere rechtsextreme Kameradschaften durch die Innenminister der Länder ver-
643 boten werden. Die CDU begrüßt dies ausdrücklich.

644

645 **Prävention durch die Bürgergesellschaft**

646 Die Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen sind vielschichtig. Insbesondere mangelnde
647 Bildung und fehlende Perspektiven können rechtsextremistische Einstellungen fördern.

648

649 Diese Ursachen zu beheben, ist erklärtes Ziel der CDU. Nur durch langfristiges Engagement und
650 nachhaltige Prävention wird die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts verhindert.
651 Auch hier gilt jedoch: Im Kampf gegen den Rechtsextremismus sind andere Extremisten keine
652 Partner.

653

654 Zur nachhaltigen Prävention gehört die Stärkung der Bürgergesellschaft. Die Idee der Bürgerge-
655 sellschaft setzt auf aktive Teilnahme aller am öffentlichen Leben. Jeder Bürger ist aufgerufen, Ver-
656 antwortung für das Gemeinwohl zu tragen und gegen Rechtsextremismus anzugehen. Dazu gehört
657 auch die aktive Förderung von Schulprojekten und gemeinnützigen Einrichtungen wie Jugendhäu-
658 sern und Vereinen. Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit können dem
659 Entstehen von Rechtsextremismus und Jugendgewalt entgegenwirken. Über Ausstiegsprogramme
660 können junge Menschen den Weg zurück in die zivile Gesellschaft finden.

661

662 Erklärtes Ziel der CDU ist es deshalb, auch in den neuen Ländern und in strukturschwachen Regio-
663 nen positive Signale zu setzen und Lebensperspektiven für Jugendliche zu entwickeln. Die Union
664 muss die Partei sein, die vor Ort sichtbar präsent ist und sich um die Themen und Sorgen der Men-
665 schen kümmert. Dazu werden wir die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den bürgergesell-
666 schaftlichen Strukturen verstärken, wie etwa mit Sportvereinen, Kirchengemeinden und Hilfsorga-
667 nisationen.

668

669 Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist vor allem ein Kampf um die Vernunft und das Vertrauen
670 der Menschen. Dieser Herausforderung stellt sich die CDU weiterhin.

671

672 **3. Linksextremismus und „DIE LINKE“**

673

674 **Linksextremistische Gefahr weiter aktuell**

675 Auch Linksextremisten sind erklärte Gegner unserer freiheitlich demokratischen Staats- und Ge-
676 sellschaftsordnung. Von der Gewalt der Spartakisten über den Staatsterrorismus der DDR und den
677 Terror der RAF bis zu den gewalttätigen Krawallen des Schwarzen Blocks von heute zieht sich ein
678 roter Faden. Die CDU sieht sich in der Verantwortung, auch gegen die verfassungsfeindlichen
679 Strukturen der extremistischen Linken vorzugehen.

680 Der Linksextremismus ist ursächlich für die Verübung zahlreicher Straftaten wie Körperverletzung,
681 Brandstiftung, Landfriedensbruch und vor allem Sachbeschädigung an öffentlichen Gütern wie z.
682 B. Straßenbahnhaltestellen, öffentlichen Plätzen und Gebäuden. Im Zusammenhang mit der Situa-
683 tion im Nahen Osten verbreiten Linksextremisten wie auch Rechtsextremisten zunehmend anti-
684 semitische Propaganda und unterstützen dabei islamistische Organisationen. Die zunehmende
685 Tendenz, linksextreme Umtriebe mit dem „Kampf gegen Rechts“ zu legitimieren, ist verfehlt, da
686 Unrecht und Gewalt nicht rechts oder links sind, sondern immer falsch.

687
688 Die Gefahr linksextremistischer Straftaten wird in der Öffentlichkeit unterschätzt. Daher ist es
689 notwendig, gezielt über linksextremistische Vorgänge aufzuklären und die Bürger für dieses Thema
690 zu sensibilisieren. Dies ist auch eine Aufgabe der Medien, vor allem der regionalen Zeitungen.

691
692 **„DIE LINKE“ als Sammelbecken für Linksextremisten**
693 „DIE LINKE“ ist nicht nur eine populistische Protestpartei, bei ihr versammeln sich auch große Teile
694 des linksextremistischen Lagers, die außerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ste-
695 hen. Im Osten ist „DIE LINKE“ auch die direkte Nachfolgerin der für Unterdrückung und Bespitze-
696 lung verantwortlichen SED. Im Westen ist sie auch ein Sammelbecken linksextremistischer Sektie-
697 rer.

698
699 Erklärtes Ziel der „LINKEN“ ist es nach wie vor, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung
700 und die Soziale Marktwirtschaft zu beseitigen. Zahlreiche Kräfte der „LINKEN“ zielen auf die
701 schleichende Wiederbelebung eines totalitären Staatssozialismus, der 1989 mit der friedlichen Re-
702 volution kläglich gescheitert ist.

703
704 „Die LINKE“ bleibt eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir halten deshalb an der Beobachtung der
705 extremistischen Strukturen in der Partei „DIE LINKE“ durch den Verfassungsschutz fest. Wir weh-
706 ren uns gegen Demagogen, die durch ihre Angriffe auf die Soziale Marktwirtschaft in Wirklichkeit
707 die dahinter stehenden Freiheitsrechte bekämpfen, insbesondere die Freie Entfaltung der Persön-
708 lichkeit, die Gewährleistung von Eigentum und Erbrecht und die Tarifautonomie. Wo der Wesens-
709 kern dieser Freiheitsrechte angetastet wird, da werden sozialistische Bestrebungen zu extremisti-
710 schen Bestrebungen.

711
712 Die SPD ist aus blindem Machtinteresse bereit, in die offenen Arme der SED-Nachfolgepartei zu
713 laufen. Damit verabschiedet sich die SPD schrittweise vom antitotalitären Grundkonsens in
714 Deutschland.

715

716 Die DDR war ein Unrechtsstaat. Die CDU tritt systematischen Versuchen, dies zu leugnen, sowie
717 der Verharmlosung der SED-Diktatur entgegen. Wir halten es für unerträglich, wenn heute Täter
718 geschützt und Opfer verhöhnt werden.

719
720 Die CDU als Partei der deutschen Einheit setzt sich auch weiter dafür ein, dass die gesamtdeutsche
721 Aufbauleistung anerkannt und nicht wie von der „LINKEN“ zerredet und instrumentalisiert wird.
722 Mit großem Einsatz und enormer Flexibilität, unterstützt durch die Solidarität der alten Bundes-
723 länder, haben die Bürger in den jungen Ländern den Prozess der deutschen Wiedervereinigung ak-
724 tiv gestaltet. Auf die Erfolge kann ganz Deutschland stolz sein. Auch den Bürgern in den jungen
725 Ländern gebührt der Respekt für die individuellen Lebensleistungen vor 1989.

726

727 **4. Islamismus**

728

729 Der Islam beinhaltet unterschiedliche Strömungen mit unterschiedlichen Ausprägungen religiöser
730 Gebote und Normen. Darunter finden sich auch islamistische Strömungen, die einer radikalen
731 menschenrechtsfeindlichen Interpretation des Islam folgen. Diese Strömungen stellen eine sehr
732 ernst zu nehmende Gefahr für die Menschen in Deutschland dar, insbesondere für die verfassungs-
733 treue Mehrheit unter den Muslimen.

734

735 Der Islamismus ist eine totalitäre Ideologie, die unsere fundamentalen Verfassungsprinzipien ab-
736 lehnt und an ihre Stelle ein islamisches Rechts- und Gesellschaftssystem etablieren will. So negiert
737 er die unveräußerlichen und universellen Menschenrechte und stellt sie unter den Vorbehalt seiner
738 eigenen Interpretation des islamischen Ordnungssystems, der Schari'a. Der Islamismus verbreitet
739 antisemitische Hetze und proklamiert die Diskriminierung von Frauen und Nicht-Muslimen sowie
740 die Einschränkung der Meinungs- und der Religionsfreiheit. Islamistische Bestrebungen sind dabei
741 in allen sozialen Schichten zu finden.

742

743 **Terroristische Bedrohungslage angespannt**

744 In den letzten Jahren hat sich der islamistische Terrorismus zu einer der großen Bedrohungen für
745 die internationale Staatengemeinschaft und die innere Sicherheit Deutschlands entwickelt. Min-
746 destens sieben Anschläge konnten seit dem Jahr 2000 in Deutschland verhindert werden oder
747 schlugen fehl. Mehr als zwanzig Islamisten wurden seit dem Jahr 2003 in Deutschland verurteilt.

748

749 Die Bedrohungslage ist weiterhin angespannt. Dies zeigen die wiederholten Drohungen terroristi-
750 scher Vereinigungen gegen Deutschland. Dies zeigen aber auch die konkreten Hinweise zu Perso-
751 nen aus Deutschland, die sich in islamistischen Terrorcamps aufgehalten haben oder noch dort
752 aufhalten.

753

754 **Politischer Islamismus**

755 Der Islamismus ist nicht erst in seinen terroristischen Handlungsformen eine Bedrohung. Bereits
756 als politische Ideologie bekämpft er die Geltung der universellen Menschenrechte. Es gilt daher,
757 auch diesen islamistischen Bestrebungen mit bürgerschaftlichem Engagement und allen gebote-
758 nen staatlichen Mitteln entgegenzutreten.

759
760 Der politische Islamismus bietet die ideologische Grundlage des islamistischen Terrorismus. Er
761 agiert aber nicht militant, sondern scheinbar rechtstreu. Dabei arbeitet er an einer kontinuierlichen
762 Aushöhlung der Verfassungsordnung. Statt die Integration der Muslime zu fördern, arbeiten politi-
763 sche Islamisten aktiv an deren Ausgrenzung. Sie versuchen, das soziale Umfeld der Muslime in
764 Deutschland zu prägen und zu strukturieren und zugleich die Ausbildung der Kinder und Jugendli-
765 chen in ihrem Sinne zu manipulieren. Gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und der Politik ver-
766 folgen Islamisten vielfach eine Doppelstrategie. Während sie sich nach außen tolerant und dialog-
767 bereit geben, proklamieren sie zugleich nach Innen das Ziel einer islamistischen Parallelgesell-
768 schaft in Deutschland.

769
770 Zur Strategie der Islamisten gehört es, die Muslime in Deutschland aufzuhetzen, indem jede Kritik
771 an islamistischen Umtrieben als Islamfeindlichkeit gebrandmarkt wird. Islamisten versuchen, sich
772 so in eine Opferrolle hinein zu bringen, obwohl sie in Wahrheit die Täter sind. Richtig ist: Dort, wo
773 Hetze gegen Muslime betrieben wird, muss dies rigoros bekämpft werden. Richtig ist aber auch:
774 Wir werden uns von der Bekämpfung des Islamismus nicht durch den vorgeschobenen Vorwurf der
775 Islamfeindlichkeit abbringen lassen.

776

777 **5. Maßnahmen**

778

779 **Demokratie lernen und erfahren**

780 Wichtiger als die Frage, wogegen man ist, ist die Frage, wofür man steht. Die beste Prävention ge-
781 gen extremistische Ideologien ist die Stärkung der Demokratie und ihrer christlich geprägten Wer-
782 teordnung. Deshalb müssen wir die politische Bildung, die schulische Bildung und die gesellschaft-
783 liche Aufklärung über alle Formen des Extremismus verstärken.

784

785 Wir werden uns dafür einsetzen, in den Lehrplänen der Schulen einen breiteren Raum für die Ex-
786 tremismusbekämpfung und für die Vermittlung demokratischer Werte und Streitkultur einzuräu-
787 men. Demokratie muss insbesondere für Schüler auch unmittelbar anschaulich werden, zum Bei-
788 spiel durch Gesprächsrunden mit Abgeordneten und Besuche des Deutschen Bundestags, der
789 Landtage und Kommunalparlamente.

790

791 Der Hass auf Israel und die Verbreitung antisemitischer und antizionistischer Hetze verbindet die
792 extremistischen Lager. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Gefahr des Antisemitismus und die
793 Geschichte des Staates Israel in den Lehrplänen behandelt werden.

794
795 Eine andere Klammer extremistischer Organisationen bildet heute die Agitation gegen die Soziale
796 Marktwirtschaft. Umso wichtiger ist es, dass in der Lehrerausbildung und in den Schulen auch das
797 Wissen über die gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhänge, die diese freiheitliche
798 Demokratie prägen, vermittelt wird. Dafür werden wir uns einsetzen.

799
800 Es ist weiterhin notwendig, im Schulunterricht den Nationalsozialismus zu behandeln. Die Gefah-
801 ren, welche von rechtsextremistischen Ideologien ausgehen, sollten für jeden Schüler veranschau-
802 licht werden. So sollte jeder Schüler in seiner Schulzeit ein ehemaliges Konzentrationslager be-
803 sucht oder - soweit möglich - ein Gespräch mit einem Zeitzeugen geführt haben.

804
805 Dem Unwissen über die DDR-Vergangenheit wollen wir durch verstärkte Bildungsanstrengungen
806 insbesondere in Schulen entgegenwirken. Dazu gehört das Wissen über den totalitären, freiheits-
807 feindlichen Charakter der ehemaligen DDR. Dazu gehört aber auch das Wissen über die vielschich-
808 tige DDR-Alltagskultur. Damit wird aufbauend auf gegenseitigem Verständnis die geistige Einheit
809 unseres Vaterlandes gestärkt sowie der Geschichtsverzerrung entgegengetreten. Die CDU setzt
810 sich deshalb auch für eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer der SED-Diktatur ein, um die Erin-
811 nerung an die Opfer und die Folgen ideologischer Politik als Mahnung für die Zukunft wach zu hal-
812 ten.

813
814 Ebenso brauchen wir für Journalisten, Schulen und Mittler der politischen Bildung eine breitere
815 Aufklärung über islamistische Gruppierungen und Einzelpersonen. Insbesondere muslimische Ju-
816 gendliche sind besser darüber aufzuklären, welche Gruppen und Ideologien sich hinter wohlklin-
817 genden Namen verstecken.

818
819 **Perspektiven eröffnen**
820 Jugendliche, die in dieser Gesellschaft für sich eine Perspektive sehen, sind weniger beeinflussbar
821 durch extremistische Ideologien. Deshalb gilt es in der Sozial-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik
822 weiterhin klare Signale für Bildung, Ausbildung und Entwicklung zu setzen.

823
824 Dazu gehört auch die Stärkung der Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. Gerade Sport eint, bil-
825 det, aktiviert, begeistert und integriert. Den Sport zu fördern bedeutet daher, auch die Ausbildung
826 von Werten wie Toleranz, Fairness, Leistung, Wettbewerb und Verantwortung zu fördern.

827

828 Gleiches gilt für die Stärkung des Ehrenamtes. Bürgerliches Engagement trägt maßgeblich zur
829 nachhaltig positiven Entwicklung einer Region bei und ist damit zugleich der beste Schutz gegen
830 Extremismus.

831

832 **Extremisten ausschließen**

833 Wir werden Beratungsangebote und Ausstiegshilfen fördern, die für alle Extremismusbereiche be-
834 reits niederschwellig vorhanden sein müssen.

835

836 Wir werden die Arbeit der Sicherheitsbehörden personell und organisatorisch stärken. Wir wollen,
837 dass verfassungsfeindliche Organisationen keine finanziellen Vorteile zu Lasten der Allgemeinheit
838 genießen. Weder dürfen extremistische Gruppen an Programmen zur Bekämpfung anderer extre-
839 mistischer Gruppen partizipieren, noch dürfen extremistische Gruppierungen steuerpolitische
840 Vorzüge wie z. B. die Gemeinnützigkeit erlangen. Notwendig ist deshalb auch eine stetige kritische
841 Überprüfung der unter dem Motto „Kampf gegen Rechts“ ausgereichten Fördermittel an linke
842 Gruppierungen. Linksextremisten dürfen nicht unter diesem Deckmantel finanziert werden.

843

844 Wir wollen die Länder und Kommunen in ihren Anstrengungen, den Extremismus vor Ort zu be-
845 kämpfen, weiterhin unterstützen. Und wir werden dafür sorgen, dass Kommunen konkrete Hilfen
846 für die Extremismusbekämpfung angeboten werden. Dazu gehören Handlungsanweisungen zum
847 Umgang mit extremistischen Strategien, etwa zum Thema „Immobilienwerb durch Rechtsextre-
848 misten“. Zugleich wollen wir, dass die Erfahrungen der Länder und der Kommunen in der Extre-
849 mismusbekämpfung des Bundes stärker berücksichtigt werden.

850

851 Bis heute gibt es kein von der Bundesregierung initiiertes Programm zur Bekämpfung des politi-
852 schen Islamismus. Dies scheitert bislang an der SPD. Wir wollen der Bekämpfung des politischen
853 Islamismus deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen. Der Kampf gegen den Terrorismus kann nicht
854 gewonnen werden, wenn nicht auch der Kampf gegen den politischen Islamismus aufgenommen
855 wird.

856

857 Wir wollen extremistische Argumentationen und Handlungen entlarven und das Bewusstsein dafür
858 in der Gesellschaft schärfen. Wir wollen zeigen, wie sich die Denkmuster der Extremisten ähneln:
859 Wer den Linksextremismus bekämpft, ist für Linksextremisten ein Faschist. Wer den Rechtsextre-
860 mismus bekämpft, ist für Rechtsextremisten ein Volksverräter. Und wer den Islamismus bekämpft,
861 ist für Islamisten ein islamfeindlicher Islamhasser.

862

863 **Rechtstaatliche Mittel konsequent nutzen**

864 Wir stehen für eine konsequente Verfolgung und Ahndung extremistischer Straftaten. Dabei darf
865 auch das Internet kein rechtsfreier Raum sein. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Strafver-

866 folgung für extremistische Straftaten im Internet ausgebaut wird. Wir werden für eine konsequen-
867 tere Überwachung und Sanktionierung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamisti-
868 schen Zeitungen, Büchern und Webseiten sorgen.

869

870 Alle rechtlichen Möglichkeiten des Versammlungs- und Vereinsrechtes werden wir konsequent
871 nutzen, und, wo notwendig, weiterentwickeln.

872

873 Dabei ist insbesondere die Aufnahme eines Militanzverbotes im Versammlungsrecht der Länder zu
874 prüfen. Das aggressive und die Bevölkerung einschüchternde Auftreten sowohl linksextremer als
875 auch rechtsextremer "schwarzer Blöcke" muss ein Ende haben. Es ist nicht hinzunehmen, dass Poli-
876 zisten und unbeteiligte Dritte durch das gegenseitige Hochschaukeln extremistischer Gruppen auf
877 Demonstrationen in Gefahr für Eigentum oder gar Leib und Leben kommen.

878

879 Extremistische Vereine sind auch weiterhin fortlaufend zu überwachen und gegebenenfalls zu ver-
880 bieten. Auch hier ist zu prüfen, ob rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen angepasst
881 werden müssen.

882

883

884

885

886

887

888

889

890

891

892

893

894

895

896

897

898

899

900

901

902

903

904 **C. Integration fördern und fordern**

905

906 **1. Integrationsland Deutschland**

907

908 Deutschland ist Integrationsland. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für
909 die Einheit unseres Landes eine Schlüsselaufgabe.

910

911 Wir können dabei auf eine lange Tradition erfolgreicher Integration zurückblicken: bei der Zuwan-
912 derung zum Ende des 19. Jahrhunderts in das Ruhrgebiet, bei der Eingliederung von Millionen heit-
913 matvertriebener Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg und später von Millionen deutscher Aus-
914 siedler und Spätaussiedler. Auch bei der Integration der ab Mitte der 50er Jahre angeworbenen Ar-
915 beitnehmer und ihrer Familienangehörigen ist viel erreicht worden. Den Erfahrungsschatz erfolg-
916 reicher Integration sollten wir in Zukunft noch stärker nutzen. Gleichwohl verkennen wir nicht
917 vorhandene Integrationsdefizite und Versäumnisse in der Integrationspolitik.

918

919 Heute leben ca. 15,3 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund in unserem Land. Zu
920 einem großen Teil sind sie schon seit vielen Jahren in Deutschland. Viele von ihnen wurden hier
921 geboren. Jeder Zweite von ihnen hat einen deutschen Pass; ab 2010 wird jeder zweite in Deutsch-
922 land Neugeborene einen Migrationshintergrund haben.

923

924 Die meisten sind gut integriert und tragen erheblich zum Wohlstand unseres Landes bei, wie etwa
925 die Migrantunternehmer, die über zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen, oder die vielen Ärzte,
926 Architekten, Autoren, Wissenschaftler, Künstler und Rechtsanwälte, die durch ihre tägliche Arbeit
927 ihre neue Heimat mitprägen.

928

929 Gemeinsam mit der Wirtschaft stärken wir mit der Kampagne „Vielfalt als Chance“ junge Talente
930 aus Zuwandererfamilien. Wir zeigen: Migranten gestalten Deutschland mit; durch ihre Leistungen
931 haben sie sich Anerkennung erworben.

932

933 Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Unser Grundgesetz und unsere gemeinsamen
934 Werte sind von jedem zu achten. Sie bilden die Grundlage für ein Leben, das von Respekt, gegen-
935 seitigem Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt ist.

936

937 Gesellschaftliche Fortschritte werden wir bewahren; dies gilt etwa für gleiche Rechte von Frauen
938 und Männern oder das Recht auf freie Meinungsäußerung. Wir betonen das Verbindende, blenden
939 aber Meinungsverschiedenheiten nicht aus. Um Chancen zu nutzen und Konflikte zu vermeiden,
940 gestalten wir Integration aktiv.

941

942 Noch zu viele Menschen mit Migrationshintergrund sind oder fühlen sich unserem Land nicht zu-
943 gehörig. Erfolgreiche Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberech-
944 tigte Teilhabe und Verantwortung. Sie kann nur mit der nötigen Anpassungsbereitschaft der Zu-
945 wanderer und der Aufnahmebereitschaft der Einheimischen gelingen; sie braucht das Zusammen-
946 wirken aller.

947

948 Ein erfolgreicher Integrationsprozess enthält die Chance, kulturelle und soziale Vielfalt konstruktiv
949 zu nutzen. Zugleich trägt er dazu bei, für die Erfordernisse der globalisierten Welt besser aufge-
950 stellt zu sein. Migration und Integration sind immer mehr eine Folge von Globalisierung, die auch
951 in Zukunft dauerhaft stattfinden wird.

952

953 Kulturellen und religiösen Konflikten wollen wir vorbeugen. Staat und Gesellschaft sind daher ge-
954 fordert, die Voraussetzungen für Integration und ein gutes Miteinander zu schaffen. Vielfalt ist
955 erst dann eine Stärke, wenn sie verbindet. Insofern setzen wir auch auf Einheit. Einheit gibt den
956 Menschen ein Zusammengehörigkeitsgefühl und motiviert, aktiv am gesellschaftlichen Leben teil-
957 zunehmen. Die beste Integration ist gesellschaftliche Teilhabe aller. Sie stärkt die innere Einheit
958 und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

959

960 Integration wird vor allem in Städten, Gemeinden und Kreisen geleistet. Hier finden die konkreten
961 Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft statt. Die Kommunen prägen das Bild
962 vom Staat und vermitteln Kultur und Tradition. Sie ermöglichen Teilhabe am öffentlichen Leben
963 vor Ort. Hier entscheidet sich das Gelingen oder Misslingen von Integration.

964

965 Hoffnungen auf multikulturelle Harmonie zum Nulltarif haben sich nicht erfüllt. Sie endeten viel zu
966 häufig in Parallelgesellschaften und Sprachlosigkeit, in Segregation und Missverständnissen. Die
967 CDU hat diese Politik von Rot und Grün beendet. In ihrer Regierungsverantwortung hat sie die
968 Weichen zu einer wertebezogenen und partnerschaftlichen Integrationspolitik gestellt.

969

970 Mit den drei Integrationsgipfeln, dem Nationalen Integrationsplan und der Deutschen Islam Konfe-
971 renz ist erstmals ein strukturierter Dialog über die Integrationspolitik eröffnet worden. Mit klar de-
972 finierten Indikatoren machen wir Integrationserfolge messbar. Auf diesem neuen Fundament wer-
973 den wir künftig weiter aufbauen und den Dialog fortsetzen.

974

975 **2. Sprachfähigkeit fördern**

976

977 **Gute Deutschkenntnisse als Grundvoraussetzung für Integration**

978 Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in
979 den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Nur durch gute Deutschkenntnisse ist Teilhabe an

980 allen Lebensbereichen gewährleistet. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und Ge-
981 meinschaftsgefühl und stärkt damit die Einheit unserer Gesellschaft.

982

983 Wir erwarten von den Migrantinnen und Migranten, dass sie die deutsche Sprache erlernen. Wer
984 sich dauerhaft verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine gute Zukunft. Eine auf der
985 deutschen Sprache aufbauende potenzielle Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz von
986 Millionen von Menschen in Deutschland sehen wir als große Chance.

987

988 **Integrationskurse entwickeln sich erfolgreich**

989 Im Bereich der Förderung deutscher Sprachkenntnisse haben wir bereits viel geleistet: die Integra-
990 tionskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Die Teilnahme
991 – insbesondere von Frauen – steigt stetig. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die er-
992 folgreiche Teilnahme weiter erhöhen. Denjenigen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, ohne
993 unsere Sprache bisher gut zu sprechen, wollen wir damit neue Chancen eröffnen. Wir wollen die
994 hohe Lernmotivation der Zuwandernden nutzen, Integrationskurse konsequent weiterentwickeln
995 und qualitativ verbessern, um möglichst vielen gute Deutschkenntnisse zu vermitteln. Dabei wer-
996 den wir alle verfügbaren modernen Kommunikationsmittel nutzen.

997

998 **Einfache Sprachkenntnisse vor dem Familiennachzug**

999 Die CDU hat zur Förderung der Sprachfähigkeit sowie zum Schutz vor Zwangsehen die Forderung
1000 nach einfachen Sprachkenntnissen vor dem Familiennachzug durchgesetzt. Diese Regelung hat
1001 sich bewährt. Die Staatsangehörigkeit des in Deutschland lebenden Ehegatten darf nicht Anknüp-
1002 fungspunkt für eine unterschiedliche Behandlung nachziehender Ehegatten sein. Daher wollen wir
1003 Ausnahmen vom Sprachfähigkeitsnachweis nur dann ermöglichen, wenn der nachziehende Ehe-
1004 gatte einen erkennbar geringen Integrationsbedarf nachweist.

1005

1006 **Vorschulische und schulbegleitende Sprachförderung**

1007 In den von der CDU regierten Ländern wurden in der frühkindlichen Bildung flächendeckende
1008 Sprachstandsfeststellungen eingeführt. Die vorschulische und schulbegleitende Sprachförderung
1009 wurde ausgebaut. Dieses hohe Niveau wollen wir für alle Länder. Bis 2010 sollen alle Kinder, die
1010 eingeschult werden, Deutsch sprechen können.

1011

1012 Migranteltern sind in der Pflicht, Deutsch zu lernen. Sie tragen Verantwortung dafür, dass ihre
1013 Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche Förderung und Entwicklung. Dabei erhalten
1014 sie unsere Unterstützung, wie etwa durch „Mama-Kurse“ und Integrationskurse. Der frühe Kontakt
1015 zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für den Spracherwerb von Migrantenkindern sehr
1016 wichtig. Auch deshalb wollen wir Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren weiter ausbauen. Bis
1017 zum Jahr 2013 wird es bundesweit für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz

1018 geben. Ab 2013 soll es für jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsan-
1019 spruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege geben.

1020

1021 **3. Bildungschancen verbessern**

1022

1023 **Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken**

1024 Integration gelingt am besten, wenn Zuwanderer die Chance erhalten und die Initiative ergreifen,
1025 sozial aufzusteigen. Der soziale Aufstieg setzt bessere Bildungserfolge voraus. Wir müssen die In-
1026 tegrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Kindergarten und Schule sind neben der
1027 Familie der wichtigste Ort der Integration.

1028

1029 **Bildungserfolge öffentlich herausstellen**

1030 Vorbildern wie etwa erfolgreichen Unternehmern oder Schriftstellern kommt eine besondere Rolle
1031 zu. Für qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund wollen wir den öf-
1032 fentlichen Dienst gezielt öffnen und insbesondere den Anteil von Polizistinnen und Polizisten so-
1033 wie Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund weiter erhöhen. Ihre Biographien müssen
1034 stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden, damit sich junge Menschen an ihrem Bildungser-
1035 folg orientieren können. Auch erfolgreiche Migrantenkinder fungieren für Einheimische und Zu-
1036 wanderer als positive Vorbilder. Deshalb wollen wir erfolgreiche junge Migrantinnen und Migran-
1037 ten besonders fördern.

1038

1039 **Frühkindliche Bildung und Schulen fördern**

1040 Bereits in jungen Jahren wird sehr häufig der Bildungsweg vorgezeichnet. Wer früh gefördert wird,
1041 hat bessere Perspektiven. Kindergärten müssen daher zu Orten werden, an denen die Entwicklung
1042 der unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten gefördert wird sowie Werte und frühkindliche Bil-
1043 dung vermittelt werden. Erzieherinnen und Erziehern kommt dabei verstärkt die Aufgabe zu, sich
1044 als erste Lehrerinnen und Lehrer der Kinder zu verstehen, die ihnen die deutsche Sprache und die
1045 Lust am Lernen vermitteln. Diese frühe Förderung hilft insbesondere auch Zuwandererfamilien.
1046 Wir wollen den Kindergartenbesuch mittelfristig beitragsfrei ermöglichen und für das letzte Jahr
1047 verpflichtend machen.

1048

1049 Um dem Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schü-
1050 lerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch
1051 solche mit Migrationserfahrung. Sie brauchen mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbei-
1052 ter sowie eine bessere Ausstattung. Innerschulische Maßnahmen für Kinder aus bildungsfernen
1053 Schichten müssen gezielt gefördert werden.

1054

1055 Wir befürworten den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen, die mehr als Unterricht am
1056 Vormittag und Betreuung am Nachmittag bieten. Sie sollten über ein pädagogisches Gesamtkon-
1057 zept verfügen. Dabei sollten sie eng mit Betrieben, Vereinen, Bildungspaten und Stiftungen zu-
1058 sammenarbeiten. Die berufliche Ausbildung ist Basis für die berufliche Integration. Der Übergang
1059 von der Schule zur Ausbildung ist die entscheidende Phase, um diese Basis zu schaffen.

1060

1061 Bis 2012 wollen wir die Zahl der Schulabbrecher halbieren und das Bildungsniveau der Migranten-
1062 kinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder angleichen.

1063

1064 **Elterliche Verantwortung**

1065 Der Schulerfolg der Kinder hängt sehr stark vom Bildungsbewusstsein und vom Einsatz der Eltern
1066 ab. Daher wollen wir ein bundesweites Netz von zweisprachigen Bildungsbotschaftern aufbauen.
1067 Diese sollen Migranteneltern mit Hilfe von Migrantenorganisationen, Kindergärten und Schulen
1068 über Bildungsfragen aufklären und hierfür sensibilisieren.

1069

1070 Wir wollen die Kindertageseinrichtungen künftig auch dafür nutzen, Eltern besser zu erreichen.
1071 Häufig ist gerade Migranteneltern zu wenig bewusst, dass sie die Schulvorbereitung und -laufbahn
1072 ihrer Kinder aktiv begleiten müssen. Eltern und Schule tragen gemeinsam Verantwortung für den
1073 Bildungserfolg der Kinder. Daher sollten Schulen verstärkt die Möglichkeit nutzen, Elternverträge
1074 abzuschließen, in denen die elterliche Verantwortung genau definiert wird und eine klare Ar-
1075 beitsaufteilung zwischen Schule und Eltern erfolgt. Auch die Möglichkeit, Integrationskurse an
1076 Schulen anzubieten, sollte künftig stärker genutzt werden.

1077

1078 **Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz**

1079 Im Zeitalter der Globalisierung ist jede zusätzliche Sprache als Kompetenz wichtig. Der traditio-
1080 nelle muttersprachliche Unterricht muss daher den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend neu
1081 konzipiert werden, um Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz der Kinder und Jugendli-
1082 chen mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern. Dort, wo es angezeigt ist, wollen wir die Spra-
1083 chen der Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen in den Lehrplan aufnehmen. An allgemein-
1084 und berufsbildenden Schulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrati-
1085 onshintergrund sollten Herkunftssprachen - soweit möglich - als Wahlfach angeboten werden.

1086

1087 **4. Friedliches Zusammenleben der Religionen**

1088

1089 **Islamischer Religionsunterricht**

1090 Für die in Deutschland lebenden Schülerinnen und Schüler mit muslimischem Glauben besteht mit
1091 Ausnahme von Berlin und Bremen ein grundgesetzlicher Anspruch auf bekenntnisgebundenen Is-
1092 lamunterricht.

1093 Die CDU unterstützt deshalb weitere Versuche zur Einführung von islamischem Religionsunter-
1094 richt oder aber Islamkunde unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache in den Ländern.

1095

1096 Voraussetzung hierfür ist, dass der Staat eine anerkannte Religionsgemeinschaft mit verbindlichen
1097 Aussagen über Glaubensinhalte als Ansprechpartner hat. Eine Religionsgemeinschaft, die die Ein-
1098 führung von Religionsunterricht ihrer Konfession begehrt, muss auch die Gewähr bieten, dass ihr
1099 künftiges Verhalten die in Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz umschriebenen, fundamentalen Verfas-
1100 sungsprinzipien, die dem staatlichen Schutz anvertrauten Grundrechte Dritter sowie die Grund-
1101 prinzipien des freiheitlichen Religions- und Staatskirchenrechts nicht gefährdet.

1102

1103 Für den islamischen Religionsunterricht werden qualifizierte Lehrkräfte benötigt. Es müssen des-
1104 halb die Voraussetzungen an den deutschen Universitäten und Hochschulen geschaffen werden,
1105 um ein entsprechendes Angebot für Lehramtsstudiengänge einzurichten.

1106

1107 Die CDU sieht mit der Einführung des Islamunterrichts die Chance das friedliche Zusammenleben
1108 Angehöriger aller Religionen weiter zu verbessern.

1109

1110 **Streitthema Moscheebau**

1111 Moscheen bauen zu dürfen, ist in Deutschland durch das Recht auf religiöse Freiheit verfassungs-
1112 rechtlich verbürgt. Das Recht zum Moscheebau schließt das Recht auf Kritik im Einzelfall nicht
1113 aus. In unserer demokratisch verfassten Gesellschaft darf man über Moscheebauprojekte debattie-
1114 ren. Dabei wehren wir uns jedoch gegen alle Versuche, vorhandene Sorgen in der Bevölkerung po-
1115 litisch zu instrumentalisieren und zum Hass gegen religiöse Gruppen aufzustacheln. Genauso weh-
1116 ren wir uns gegen die Versuche, berechnete Sorgen von Anwohnern als islamfeindlich oder rechts-
1117 extrem zu diffamieren.

1118

1119 Die CDU fordert von den betroffenen Gemeinden und Bezirken, die Anwohner frühzeitig in die
1120 Planungen einzubeziehen. Wir fordern von den islamischen Gemeinden, religiöse Bauten nicht zum
1121 Ausdruck von Machtansprüchen zu missbrauchen und Finanzierungen sowie Trägerstrukturen
1122 freiwillig offen zu legen. Und wir fordern die in unserem Land lebenden Muslime auf, gemeinsam
1123 mit uns auch für die Religionsfreiheit in islamischen Ländern einzutreten. Nur so kann den Sorgen
1124 und Befürchtungen über eine islamistische Einflussnahme gemeinsam entgegengetreten werden.

1125

1126 **5. Staatsbürgerschaft als starkes Zeichen der Zugehörigkeit**

1127

1128 **Bekanntnis zu unserem Land und den Werten unseres Grundgesetzes**

1129 Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den
1130 Werten unseres Grundgesetzes, zu Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung als

1131 Grundlagen des Zusammenlebens. Unsere Staatsbürgerschaft ist ein starkes Zeichen der Zugehö-
1132 rigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger. Sie bringt die vol-
1133 len staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, kann aber Integration nicht ersetzen.

1134

1135 Ein kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab, denn es eröffnet keine volle Partizipation
1136 als Bürgerin oder Bürger mit allen Rechten und Pflichten. Stattdessen werben wir dafür, dass Aus-
1137 länder, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit
1138 nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen, wenn diese Entscheidung Ausdruck eines Ver-
1139 bundenheits- und Zugehörigkeitsgefühls gegenüber dem deutschen Staat ist. Nur wer dazu gehört,
1140 wird sich der Gesellschaft gegenüber verpflichtet fühlen.

1141

1142 **Einbürgerung: Klare Anforderungen**

1143 Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Die CDU
1144 setzt sich dafür ein, dass es künftig keine Einbürgerung ohne solche Sprachkenntnisse geben darf.
1145 Die Forderung nach Einbürgerungstests und Einbürgerungskursen haben wir verwirklicht. Die
1146 Tests und Kurse sind ein Erfolg: Fast alle Kandidaten bestehen den Test und zeigen damit, dass sie
1147 Kenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung und über Werte und Traditionen in
1148 Deutschland haben.

1149

1150 Die Einbürgerung ist ein entscheidender Moment im Leben des Einzelnen. Daher begrüßen wir,
1151 dass immer mehr Städte und Landkreise die neuen Bürgerinnen und Bürger zu Einbürgerungsfeiern
1152 einladen, um sie in einem besonderen Rahmen willkommen zu heißen. Gleichzeitig kann der Er-
1153werb der deutschen Staatsangehörigkeit so angemessen gewürdigt und gefeiert werden.

1154

1155 **Erfahrungen mit dem Optionsmodell auswerten**

1156 Das im Jahre 2000 eingeführte so genannte Optionsmodell gibt in Deutschland geborenen Kindern
1157 von Ausländern mit einem verfestigten Aufenthaltsstatus die Möglichkeit, die deutsche Staatsan-
1158 gehörigkeit mit der Geburt zu erlangen. Diese Kinder können mit der Vollendung des 18. Lebens-
1159 jahres und müssen mit Erreichen des 23. Lebensjahres entscheiden, ob sie die deutsche Staatsan-
1160 gehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. In den nächsten 10 Jahren werden
1161 rund 300 000 junge Erwachsene diese Entscheidung treffen müssen. Für viele ist diese Entschei-
1162 dung nicht einfach. Wir wollen viele von ihnen dafür gewinnen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit
1163 zu behalten und Ja zu sagen zu unserem Land. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürger-
1164 schaften lehnen wir dabei ab.

1165

1166 Um festzustellen, ob sich das Optionsmodell bewährt, wollen wir Erfahrungen in der praktischen
1167 Anwendung des Optionsrechts sammeln und auswerten. Soweit rechtliche und verfahrenstechni-

1168 sche Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Modells erkennbar werden, wollen wir diese behe-
1169 ben.

1170

1171 **6. Hochqualifizierte anwerben**

1172

1173 **Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland steigern**

1174 Deutschland muss als Wirtschaftsstandort attraktiv sein. Wir wollen daher die Attraktivität
1175 Deutschlands für Hochqualifizierte aus Deutschland und der Welt steigern. Bislang unzureichend
1176 genutzte Potenziale der nach Deutschland Zugewanderten und der Aussiedler wollen wir besser
1177 ausschöpfen. Und wir wollen gut ausgebildete, leistungsbereite und integrationswillige Menschen
1178 auf dem internationalen Arbeitsmarkt für unser Land gewinnen. Gleichzeitig setzen wir alles daran,
1179 das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fachkräften zu nutzen.

1180

1181 Bislang ist Deutschland viel zu wenig Zielland für die besten Köpfe der Welt. Unsere Auslandsinsti-
1182 tutionen müssen auch in dieser Hinsicht zu „Botschaftern“ unseres Landes werden. Die notwendi-
1183 gen Änderungen zur Ermöglichung des Zuzugs von Hochqualifizierten und von Hochschulabsol-
1184 venten haben wir in das Zuwanderungsrecht aufgenommen. Jede Form ungesteuerter Zuwande-
1185 rung lehnen wir ab.

1186

1187 **Ungenutzte Potenziale besser ausschöpfen**

1188 Migration ist häufig mit einer Entwertung vorhandener beruflichen Fähigkeiten verbunden, weil im
1189 Herkunftsland erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse nur zu einem geringen Teil anerkannt
1190 werden. Gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel sind die Kenntnisse und Fähigkeiten aller Zu-
1191 wanderer eine Bereicherung, auf die wir nicht verzichten können. Wir werden daher die bestehen-
1192 den Möglichkeiten zur Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen von
1193 Aussiedlern verbessern und ausbauen, um ihre möglichst vollständige Einbindung in unsere Berufs-
1194 und Arbeitswelt zu erreichen. Aufbauend auf vorhandenen Qualifikationen wollen wir auch für alle
1195 anderen Zuwanderer die Arbeit im erlernten Beruf ermöglichen. Auch sie müssen ein Recht auf ein
1196 Anerkennungsverfahren erhalten. Ein solches Verfahren sollte innerhalb von sechs Monaten zum
1197 Abschluss kommen. Soweit notwendig, müssen ergänzend Angebote für Nachqualifizierungen ge-
1198 schaffen werden. Wir wollen eine Anlaufstelle zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Bil-
1199 dungs- und Berufsabschlüssen einrichten.

1200

1201 **Für den Wirtschaftsstandort Deutschland werben**

1202 Die Wirtschaftsabteilungen der deutschen Auslandsvertretungen sollen als aktive Botschafter für
1203 den Wirtschaftsstandort Deutschland werben. Sie müssen Strukturen aufbauen, um Studierende
1204 und Absolventen von ausländischen Eliteuniversitäten für unser Land anzuwerben.

1205

1206 Unternehmen in Deutschland sollen in Zusammenarbeit mit den Außenstellen der Außenhandels-
1207 kammern dabei unterstützt werden, auf ausländischen Arbeitsmärkten hochqualifizierte Fach-
1208 kräfte anzuwerben. In besonders relevanten Zielgebieten sollen Kampagnen zur Bewerbung des
1209 deutschen Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der in den Unternehmen bestehenden konkre-
1210 ten Bedarfe durchgeführt werden. Über die internationale Struktur der Goethe-Institute sollen
1211 Hochqualifizierte und Hochschulabsolventen über die Möglichkeiten der Zuwanderung nach
1212 Deutschland informiert werden.

1213

1214 **Ausländischen akademischen Nachwuchs für unser Land gewinnen**

1215 Wir wollen aber auch verstärkt den Blick auf ausländische Universitätsabsolventen richten, die an
1216 unseren Hochschulen erfolgreich ihren Abschluss gemacht haben. Sie sind bereits bestens integ-
1217 riert, sprechen die deutsche Sprache und stehen dem deutschen Arbeitsmarkt mit vielfältigen
1218 Qualifikationen zur Verfügung. Sie haben nach ihrem Universitätsabschluss ein Jahr Zeit zur Jobsu-
1219 che. Dieses Potenzial soll für unser Land noch weiter genutzt werden. Hierzu haben wir die Vor-
1220 rangprüfung bei Aufnahme einer der Qualifikation entsprechenden Beschäftigung abgeschafft,
1221 was bereits erste Erfolge zeigt: Die Zahl der ausländischen Jungakademiker, die nach Abschluss ih-
1222 res Studiums in Deutschland geblieben sind und eine Arbeit aufgenommen haben, ist deutlich an-
1223 gestiegen. Mit diesem Anreiz sollte geworben werden, um mehr begabte Ausländer an deutsche
1224 Hochschulen zu holen und die seit 2003 sinkende Zahl ausländischer Studienanfänger wieder zu
1225 steigern. Die Unternehmen sind zugleich aufgerufen, gezielter auf diesen hoch qualifizierten aka-
1226 demischen Nachwuchs zuzugehen und sich an den Hochschulen oder auf entsprechenden Jobmes-
1227 sen zu präsentieren.

1228

1229 **7. Integration von Neuzuwanderern**

1230

1231 **Integrationsangebote ausbauen und effizienter gestalten**

1232 Für die Integration von Neuzuwanderern ist die Zeit unmittelbar vor und nach der Einreise von
1233 grundlegender Bedeutung. In dieser Zeit entsteht das Bild über Deutschland und umgekehrt ent-
1234 stehen die Erwartungen an den Zuwanderer.

1235

1236 In den vergangenen Jahren wurde für Neuzuwanderer ein neues Integrationsangebot mit sehr er-
1237 folgreichen Konzepten geschaffen. Diese müssen weiter ausgebaut und effizienter gestaltet wer-
1238 den. So wollen wir Willkommenszentren einrichten, die Neuzuwanderern einen schnellen und er-
1239 folgreichen Einstieg in ihr Leben in Deutschland ermöglichen sollen.

1240

1241 **Dienstleistungscharakter der Ausländerbehörden stärken**

1242 Ausländerbehörden vollziehen in erster Linie Ausländerrecht. Sie sind oftmals aber auch erste An-
1243 sprechpartner für nach Deutschland kommende Zuwanderer und vermitteln wichtige Informatio-

1244 nen. Deshalb wollen wir ihren Dienstleistungscharakter und ihre interkulturelle Kompetenz stär-
1245 ken. Sie sollen bedarfsgerechte Angebote für Neuzuwanderer entwickeln. Außerdem sollen die
1246 Migrationserstberatung und der Jugendmigrationsdienst hier angesiedelt werden.

1247

1248 **8. Gleichstellung von Frauen durchsetzen**

1249

1250 **Frauen im Integrationsprozess**

1251 Frauen mit Migrationshintergrund spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zent-
1252 rale Rolle. Daher stehen wir insbesondere Frauen im Integrationsprozess zur Seite und stärken Zu-
1253 wanderinnen, die sich in einer Notsituation befinden.

1254

1255 Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen kön-
1256 nen. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit sie gleichberechtigt am gesell-
1257 schaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.

1258

1259 **Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen**

1260 Frauen mit Migrationshintergrund haben Potenziale, die sie stärker nutzen sollten. Obwohl Mäd-
1261 chen mit Migrationshintergrund bessere Bildungsabschlüsse erzielen als ihre männlichen Mit-
1262 schüler, sind sie im Erwerbsleben weniger stark vertreten. Wir wollen die Erwerbsquote der Frauen
1263 mit Migrationshintergrund erhöhen. Hierzu bedarf es auch einer Verbesserung der Deutschkennt-
1264 nisse. Partizipation am Erwerbsleben und Sprachkenntnisse der Mütter tragen maßgeblich zum
1265 Bildungserfolg der Kinder bei. Sprachangebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell
1266 für Frauen zugeschnitten und durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht. Dieser Ansatz
1267 muss fortgeführt werden.

1268

1269 **Kampf gegen Zwangsverheiratung und Scheinehen**

1270 Zwangsverheiratung ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses
1271 und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Sie findet in einigen Zuwandererfamilien statt und
1272 darf nicht toleriert werden. Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir daher einen eigenständigen
1273 Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Für zwangsverheiratete Frauen sind zudem verbes-
1274 serte Beratungs- und Betreuungsangebote zu entwickeln. Frauen, die in ihren Herkunftsländern
1275 zwangsweise verheiratet werden, sollen ein verlängertes Rückkehrrecht erhalten. Um Scheinehen
1276 zur Erlangung von Aufenthaltstiteln zu verhindern, werden wir als Voraussetzung für ein eigen-
1277 ständiges Aufenthaltsrecht die Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre erhöhen. Durch die beste-
1278 hende Härtefallregelung ist gewährleistet, dass Migrantinnen, die häusliche Gewalt erleiden, nicht
1279 wegen des Aufenthaltsrechts gezwungen sind, in der Ehe zu verbleiben.

1280

1281 Positive Vorbilder gelungener weiblicher Integration müssen anerkannt und dargestellt werden.

1282 **9. Migrantenunternehmen als Potenzial**

1283

1284 **Vorbildfunktion für Migranten und Einheimische**

1285 Die fast 600 000 Migrantenunternehmerinnen und -unternehmer leisten heute einen großen Bei-
1286 trag für die deutsche Volkswirtschaft. Migrantenunternehmen entfalten neben ihrem ökonomi-
1287 schen Nutzen eine wichtige integrationsfördernde Leistung. Sie haben eine Vorbildfunktion für
1288 Migrantinnen und Migranten sowie für Einheimische.

1289

1290 **Migrantenunternehmen stärken und Existenzgründer gewinnen**

1291 Dabei ist das ökonomische Potenzial der selbständigen Erwerbstätigkeit von Migranten noch nicht
1292 vollkommen genutzt. Viele Migranten haben eine kulturelle Nähe zum Unternehmertum. Zusätz-
1293 lich haben sie häufig wegen der ursprünglichen Rückkehrabsicht in die Herkunftsländer ein hohes
1294 Sparvolumen gebildet, das für Investitionen zur Verfügung steht.

1295

1296 Durch eine gezielte Qualifikationsoffensive wollen wir bestehende Migrantenunternehmen stär-
1297 ken und neue Existenzgründer gewinnen. Dabei sollen neben betriebswirtschaftlichen Kompeten-
1298 zen fachspezifisches Know-how sowie Sprachkenntnisse vermittelt werden.

1299

1300 Viele Migrantenunternehmen könnten aufgrund ihrer Betriebsstruktur mehr Ausbildungsplätze
1301 zur Verfügung stellen. Dabei fehlt es ihnen häufig an Informationen, die durch gezielte aufsu-
1302 chende Beratungsstellen geliefert werden können. Zusätzlich sollen zur Motivation der Betriebsin-
1303 haber Multiplikatoren eingesetzt und Musterbetriebe ausgezeichnet werden.

1304

1305 **Mehr Zuwanderer für das Handwerk**

1306 Der Anteil der Handwerkerinnen und Handwerker mit Migrationshintergrund ist in Deutschland
1307 unterdurchschnittlich. Obwohl das Handwerk auch aus kulturellen Gründen häufig eine beliebte
1308 Branche darstellt und relativ viele junge Zuwanderer hier eine Ausbildung absolvieren, finden nur
1309 Wenige den Weg in die Selbständigkeit. Aus diesem Grund wollen wir in Zusammenarbeit mit den
1310 Handwerkskammern mehr Zuwanderer für das Handwerk gewinnen.

1311

1312 **Wachstumschancen außerhalb von Ballungsräumen**

1313 Migrantenunternehmen sind vorwiegend in den Ballungsräumen konzentriert. Existenzgründer mit
1314 Migrationshintergrund hätten heute in weniger dicht besiedelten Gebieten größere Wachstums-
1315 chancen. Durch gezielte Beratung sollen Migrantenunternehmen hierüber informiert werden.

1316

1317

1318

1319

1320 **10. Integration durch bürgerschaftliches Engagement**

1321

1322 **Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken**

1323 Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, wie etwa im Sport, im Bereich der
1324 Kultur, Bildung und Politik, aber auch bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und
1325 karitativen Einrichtungen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Engagement mit und
1326 von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend. Es vermittelt die
1327 positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Es kann für beide Seiten einen Erwerb zusätzli-
1328 cher Kompetenzen sowie Kenntnisse über Zuwanderer und die Aufnahmegesellschaft bedeuten.
1329 Austausch und Begegnungsmöglichkeiten fördern nicht nur die soziale Integration, sondern
1330 zugleich Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit.

1331

1332 Bürgerschaftliches Engagement zur Integration von Zuwanderern wollen wir daher besonders för-
1333 dern. Wir treten dafür ein, dass der ehrenamtliche integrationsfördernde Einsatz von Zuwanderern
1334 und Einheimischen sehr viel stärker öffentlichkeitswirksam gewürdigt wird.

1335

1336 **Integration durch Sport**

1337 Gerade der Sport ist dabei ein wichtiger Vorreiter. Er vermag es, Menschen über die Grenzen der
1338 Sprachen, Kulturen und Religionen hinweg zusammenzubringen und dabei Werte und Normen zu
1339 vermitteln. Gemeinsam mit dem organisierten Sport sind Fortschritte etwa bei der Ausbildung von
1340 Übungsleitern und der Gewinnung ehrenamtlicher Helfer erzielt worden. Über den Sport wollen
1341 wir weitere Verbesserungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in
1342 Deutschland erreichen. Vorrangiges Ziel ist es dabei, den Anteil von Migrantinnen und Migranten
1343 im Sport zu erhöhen und Integration als wechselseitigen Verständigungsprozess lebendig zu ges-
1344 talten.

1345

1346 **Förderung und Öffnung von Vereinen**

1347 Sportvereine bieten ein attraktives Umfeld auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshin-
1348 tergrund. Die bisherigen Aktivitätsschwerpunkte sind fußballbetont. Es gilt, die Anziehungskraft
1349 des Fußballs auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund auch weiterhin zu nutzen. Dar-
1350 über hinaus sollten auch die Integrationspotenziale anderer Sportarten stärker genutzt werden.

1351

1352 Wir setzen uns für eine Stärkung des Sports und eine Förderung von Sportvereinen ein. Ebenfalls
1353 treten wir für eine weitere Öffnung von Vereinen ein. Vereine, in denen ausschließlich Menschen
1354 mit einem bestimmten Migrationshintergrund aktiv sind und sich zugleich gegenüber anderen ab-
1355 schotten, verweigern sich wertvollen Chancen. Sie müssen sich öffnen.

1356

1357

1358 **11. Verantwortung der Medien**

1359

1360 **Medien als Vermittler zwischen Zuwanderern und Einheimischen**

1361 Die Medien haben einen großen Einfluss auf die Integration. Deutschsprachige als auch herkunfts-
1362 sprachige Medien sind hier gleichermaßen in der Verantwortung.

1363

1364 Die Medien in unserem Land nehmen eine Vermittlerrolle zwischen Zuwanderern und Einheimi-
1365 schen ein. Sie können den Zuwanderern dabei helfen, in unserer Gesellschaft anzukommen, ohne
1366 ihre Wurzeln zu verlieren. Zugleich können sie der aufnehmenden Gesellschaft helfen, die Zuwan-
1367 derer mit ihren kulturellen und religiösen Wurzeln besser zu verstehen.

1368

1369 **Informationsangebote deutscher Medien erweitern**

1370 Zuwanderer, die sich ausschließlich an ihren Heimatmedien orientieren, werden es in Deutschland
1371 schwer haben. Integrationserfolge kann nur erzielen, wer über gesellschaftliche und politische
1372 Themen informiert ist. Dazu ist es hinderlich, wenn Informationsangebote gar kein oder nur ein
1373 sehr einseitiges Bild von der neuen Heimat zeichnen. Wer das Geschehen in Deutschland nicht
1374 richtig kennt, wird auch kein echtes Zugehörigkeitsgefühl entwickeln können.

1375

1376 Insbesondere wenig integrierte Zuwanderer konsumieren sehr oft herkunftssprachige Fernsehpro-
1377 gramme. Gerade diese Zielgruppe müssen wir besser erreichen. Daher wollen wir mit Finanzmit-
1378 teln der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) Koproduk-
1379 tionen integrationsfördernder Sendungen zwischen Deutschland und den Hauptherkunftsländern
1380 ermöglichen. Solche Sendungen sollten dann in Deutschland und den Herkunftsländern parallel
1381 ausgestrahlt werden.

1382

1383 Die deutsche Welle produziert in verschiedenen Sprachen qualitative Programme, um bestimmte
1384 Zielgruppen im Ausland zu erreichen. Wir wollen das Aufgabenfeld der Deutschen Welle erweitern,
1385 damit Teile ihres Programms in diesen verschiedenen Sprachen in Deutschland ausgestrahlt wer-
1386 den können.

1387

1388 **Anteil der Migranten in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erhöhen**

1389 In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind Menschen mit Migrationshintergrund unter-
1390 repräsentiert. Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich im Rahmen der Nachwuchsförderung der
1391 Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Bereich deutlich erhöht.

Anhang

Liste der Mitglieder und Gäste des CDU-Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

Vorsitzender:

Volker Bouffier MdL

Staatsminister für Inneres und Sport des Landes Hessen

Stellvertretende Vorsitzende:

Kristina Köhler MdB

Deutscher Bundestag

Bülent Arslan

Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums CDU Nordrhein-Westfalen

Mitglieder:

Peter Altmaier MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Günter Becker MdL

Landtag des Saarlandes

Clemens Binninger MdB

Deutscher Bundestag

Prof. Dr. Maria Böhmer MdB

Staatsministerin beim Bundeskanzleramt,
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration,
Vorsitzende Frauen Union

Wolfgang Bosbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Manfred Gallwitz

Senioren-Union CDU Deutschlands

Reinhard Grindel MdB

Deutscher Bundestag

Friederike de Haas MdL

Sächsische Ausländerbeauftragte

Frank Henkel MdA

Vorsitzender CDU-Fraktion Abgeordnetenhaus von Berlin,
Vorsitzender CDU Berlin

Thomas Hindelang

Vorsitzender RCDS Thüringen

Wilhelm Hinners MdBB

Bremische Bürgerschaft

Hans-Werner Kammer MdB

Deutscher Bundestag

Norbert Kartmann MdL

Präsident des Hessischen Landtags

Theo Kruse MdL

Landtag von Nordrhein-Westfalen

Thomas Lenz

Staatssekretär im Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Thomas Madl MdL

Landtag von Sachsen-Anhalt

Klaus Meiser MdL

Minister für Inneres und Sport des Saarlandes

Sven Petke MdL

Landtag Brandenburg

Christian Piwarz MdL

Sächsischer Landtag

Heribert Rech MdL

Innenminister des Landes Baden-Württemberg

Susanne Scherb

CDU Goslar

Klaus Schlie

Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein

Heinz-Hermann Schnabel MdL

Vizepräsident des Landtags von Rheinland-Pfalz

Klaus Schuck

Hauptgeschäftsführer der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung

Uwe Schünemann MdL

Minister für Inneres, Sport und Integration des Landes Niedersachsen

Carola Stauche MdL

Thüringer Landtag

Sven Volmering

Vorsitzender Junge Union Nordrhein-Westfalen

Stephan Weiland

Junge Union Thüringen

Ingmar Weitemeier

Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern

Vico Wiegand

Mittelstandsvereinigung CDU Thüringen

Hendrik Wüst MdL

Landtag von Nordrhein-Westfalen,
Generalsekretär CDU Nordrhein-Westfalen

Gäste:

Dr. Ralf Thomas Baus

Ingo Behnel

Dr. Yasar Bilgin

Dr. Armin Dostmann

Paul-Johannes Fietz

Dr. Thomas Gnatzy

Wolfgang Lohmann

Dr. Kai-Andreas Otto

Arne Schlatmann